Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Vereins- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 75. Mittwoch, den 29. März 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Aus dem Reichsverbandssumpf.

Das reinliche Pferd schlürft nur reines Wasser und wendet sich von einem schmutzigen Eimer stumm und verächtlich ab. Der Journalist hat es nicht so gut, er muß auch in trübe Bäche steigen. Seichte und trübe Bäche sind es, mit denen der Reichsverband wieder einmal das Land überschwemmt. Alte Flugblätter und Broschüren läßt er aus seinem Schmutzmagazin flattern, um vor den Reichstagswahlen für neuen Schmutz Platz zu schaffen. Es ist wahrhaftig kein Vergnügen, sich mit dieser „Literatur“ zu befassen, die ebenso unappetitlich wie fade ist. Doch man darf nun einmal den Reichsverband nicht ungestört sein Handwerk treiben lassen, deshalb: die Nase zugehalten, die Zähne fest aufeinander gebissen und hinein in das läppische Gemisch aus Bosheit und Albernheit.

Da ist zunächst eine Broschüre von Rudolf Lebius, die schon vor den letzten Reichstagswahlen erschienen und bekanntlich auch an Lübecker Arbeiter versendet worden ist, und „Indiskrete Fragen an die Sozialdemokratie“ richtet. Das Sprichwort sagt, daß ein Narr viel fragt, worauf ein Weiser nicht antworten kann. Lebius scheint das auch empfunden zu haben, deshalb mimt er gleich selbst den Weisen und gibt auf seine indiskreten Fragen in eigener Person die Antwort. Sie ist auch danach. So fragt er: „Warum sind gerade in Deutschland die Sozialdemokraten in ihrer Werbung um die Arbeiterschaft so erfolgreich gewesen?“ Die Antwort des Weisen lautet: „Weil das phantastische Programm des Sozialismus der Neigung des deutschen Volkes, zu grübeln und zu philosophieren, Rechnung trägt, und weil sich in Deutschland zufällig eine Anzahl teils ehrgeiziger, teils schwärmerisch veranlagter reicher Männer fand, die mit ihrem Geld den Sozialismus förderten.“ Großartig, was? Der Narr fragt wie ein Weiser und der Weise antwortet wie ein Narr. Das Geld der Reichen schuf die Sozialdemokratie und sie fand deshalb in Deutschland einen so guten Nährboden, weil die Deutschen das Volk der Dichter und Denker sind. In der Armseligkeit dieser Erklärung verrät sich die Verlegenheit des Reichsverbandes. Wenn er die richtige Antwort gäbe, würde er sich selbst ins Gesicht schlagen, deshalb zieht er eine alberne Antwort vor.

Die richtige Narrenfrage stellt Lebius mit den Worten: „Sind sich die Sozialdemokraten darüber klar, wie ihr Zukunftsstaat aussehen wird?“ Als Antwort zitiert Lebius aus Kautskys „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“ den Satz: „Wer unseren Standpunkt begriffen hat, für den ist es klar, daß es unmöglich ist, vorauszusagen, wie die sozialistische Wirtschaftsgenossenschaft aussehen wird.“ Lebius hätte ruhig weiter zitieren können, nämlich die Stellen, in denen Kautsky unseren Standpunkt klarlegt. Dann würde er eine sehr präzise Antwort bekommen haben. Das tut er aber nicht, um durch die Herausreißung des einen Satzes und die Weglassung seiner Erläuterung und Begründung verwirrend zu wirken. Das ist unanständige Sophisterei.

Köstlich ist die Behauptung des Lebius, daß im sozialistischen Staate der Anreiz zu technischen Erfindungen nicht mehr vorhanden, daß dagegen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Möglichkeit, einen Kapitalisten zu finden, der seine Erfindung finanziere, für den Erfinder unendlich groß sei. Herr Lebius hätte auf diese Frage die Erfinder selbst die Antwort geben lassen sollen. Da würde er etwas anderes gehört haben. Die Möglichkeit, eine Erfindung zu verwerten, ist nämlich in der bestehenden Gesellschaftsordnung so unendlich schwer, daß die meisten Erfinder in Verzweiflung, Wahnsinn, Not und Elend zugrunde gehen. Finden sie aber einen Kapitalisten, so bringt dieser sie einfach um den Ertrag ihrer Erfindung und beutet die Erfindung für sich aus. Das Erfinderglück ist noch seltener, als das Glück in der Lotterie.

Mit albernen Fragen und albernen Antworten geht es die ganze Broschüre hindurch. Sogar das Gefängnis ist nach Lebius für die sozialdemokratischen Redakteure ein angenehmer Aufenthalt. Sie bekunden keinen Opfermut, wenn sie sich Gefängnisstrafen aussetzen; denn sie leben ja nach Lebius im Gefängnis wie im Paradies. Warum geht er nicht selbst hinein?

Die „Glanzstelle“ der Broschüre ist die Frage: „Tritt die Sozialdemokratie für „freie Liebe“ und „freie Ehe“ ein?“ Da wälzt sich Ehren-Lebius mit wonnigem Behagen im Schlamm. Tatsächlich steht in unserem Programm kein Wort von freier Liebe und freier Ehe. Wir überlassen Liebe und Ehe ruhig der Zukunft. Trotzdem und obwohl sich gerade über die Ehe und die sexuellen Verhältnisse des kapitalistischen Klassenstaates manch sehr trauriges Kapitel schreiben ließe, tischt Lebius in seiner Broschüre die wildesten Phantasien auf von dem wilden Geschlechtsleben, das im Zukunftsstaate geführt werde. Das schönste dabei ist, daß er den sozialdemokratischen Führern einen Vorwurf daraus macht, daß sie fortfahren, in spießbürgerlichen Ehen zu leben, statt mit der Weibergemeinschaft Ernst zu machen. Ja, das wäre so etwas für den Reichsverband, wenn unsere Führer in Weibergemeinschaft lebten. Aber wenn er die Weibergemeinschaft studieren will, muß er in andere Kreise gehen. Hat er z. B. nichts von dem Eheleben der Familie v. Schönebeck gehört?

Damit die Broschüre zu einem richtigen Schmutzbuch wird, versucht es schließlich Ehren-Lebius, die Lieblingstochter von Karl Marx, Eleanor Marx, in den Kot zu ziehen. Da wird seine Sudelschrift so gemein, daß man sie nur mit der Feuerzange anfassen kann.

Die verlogene reichsverbändlerische Sophistik enthüllt sich auch in einem Flugblatte „Landarbeiter, paßt auf!“ Da wird den Landarbeitern mit einer lügnerischen Dreistigkeit sondergleichen vorgeredet, daß die Sozialdemokratie die Schuld an der Landflucht trage. Sie schildere die Lage der städtischen Arbeiter in den rosigsten Farben. Sieh' steh'! Sonst wirft uns der Reichsverband vor, daß wir die städtischen Arbeiter unzufrieden machten und aufreizten, und daß ihre Lage viel besser sei, als wir ihnen einredeten, und jetzt sagt er, wir schilderten die Lage der städtischen Arbeiter in den rosigsten Farben. Ja, er geht noch weiter und sagt — und damit hat er ganz recht — es sei ein Schwindel, daß die Lage der städtischen Arbeiter rosig sei. Und siehe da, der Reichsverband zeigt selbst dem städtischen Arbeiter, wie schlecht es ihm geht. Die Barlöhne seien zwar größer als auf dem Lande, aber sie reichten nur eben aus zur Deckung der notwendigsten Lebensbedürfnisse. Diese seien in der Stadt sehr teuer. Da müsse jeder Tropfen Milch, jedes Stück Brot und Speck hoch bezahlt werden. Auch die städtische Arbeiterwohnung wird mit Recht tüchtig herunter gemacht und als unzulänglich und viel zu teuer hingestellt Und das tut der Reichsverband! Wie wäre es, wenn er diesen Teil des Flugblattes zu einem Flugblatte für städtische Arbeiter ausarbeitete und bei der Lebensmittelteuerung auch ihrer Ursachen, des Zollwuchers und der indirekten Steuerpolitik gedächte? — Man sieht daraus, daß der Reichsverband rechts und links schreiben kann. Er gibt sich selbst Ohrfeigen, wenn er damit ein Geschäft machen zu können glaubt.

In einem anderen Flugblatt „Vierzig Jahre Deutsches Reich“ sieht der Reichsverband alles erfüllt, was man sich wünschen könnte, und setzt die unglaubliche, ganz monströse Lüge in die Welt, daß die bedeutenden Zolleinnahmen zum großen Teile für die Verbesserung der sozialen Lage des Arbeiterstandes verwandt würden.

„Daß du die Nase ins Gesicht behältst“, würde Onkel Bräsig sagen. Und wie rechnet der Reichsverband die Verbesserung heraus? Er gibt zu, daß die indirekten Steuern nur auf Massenartikel gelegt werden, aber sie würden von allen gleich getragen. Das nennt er gleich, wenn eine Arbeiterfamilie mit 1200 Mk. Einkommen 400 Mk. an indirekten Steuern und Zöllen aufbringen muß, also 33⅓ Proz. des Einkommens, und der Millionär mit 120 000 Mk. Einkommen auch nur 400 Mk. indirekte Steuern und Zölle zahlt, also nur 0,03 Prozent seines Einkommens. Und aus der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung sollen die Arbeiter mehr vom Reiche zurückerhalten, als sie an indirekten Steuern zahlen? Der Reichszuschuß beträgt rund 50 Millionen, das sind auf die Arbeiterfamilie rund 5 Mk. aus Reichsmitteln, dieselbe Arbeiterfamilie zahlt aber an indirekten Steuern und Zöllen rund 400 Mk. Also wohin man nur blickt, verzapft der Reichsverband die dicksten Lügen. Daß der Reichsverband in seinem Jubelflugblatt verschweigt, daß die große Masse des Volkes, obwohl alles erreicht sein soll, was man sich wünschen könne, in Preußen, Lübeck und anderen Bundesstaaten ein Klassenwahlrecht hat, ist selbstverständlich.

In einem anderen Flugblatte wird die „blutige Revolution“ an die Wand gemalt. „21 deutsche Throne sind in Gefahr!“ Der Reichsverband hätte da eigentlich logischerweise, um zu zeigen, wie schrecklich diese Gefahr ist, dem Volke vorrechnen sollen, welche Vorteile es von diesen 21 deutschen Thronen hat. Warum verschweigt er diese Vorteile? Ei, weil das Volk auch nicht den geringsten Vorteil von diesen 21 Thronen hat, sondern nur viele, viele Millionen an Zivillisten für diese 21 Throne aufbringen muß.

Schließlich befassen sich zwei Flugblätter mit den Moabiter Vorgängen. Das eine („Wohin wir treiben“) sieht in den Moabiter Unruhen ein planmäßiges Vorgehen zielbewußter Genossen und schildert die Vorfälle in einer so ungeheuerlich verlogenen Weise, daß man eigentlich nur darüber lachen kann. Das andere bringt eine ebenfalls ganz einseitig in Polizeiverherrlichung machende Rede des preußischen Polizeiministers von Dallwitz über die Moabiter Vorgänge. Beide Flugblätter haben das Unglück, durch den Moabiter Prozeß schon widerlegt zu sein, bevor sie verbreitet wurden. Es erübrigt sich, auch nur ein Wort dagegen zu schreiben. Es genügt, ihnen die Urteilsbegründung der Lieber-Kammer gegenüber zu stellen. Man brauchte nur diese und die Flugblätter neben einander abzudrucken, um den verlogenen Tiraden, mit denen der Reichsverband dem Spießer gruselig machen will, zu unsterblicher Lächerlichkeit zu verhelfen.

Man sieht, der Reichsverband arbeitet in Akkord! Um so mehr Ursache haben unsere Genossen, auf dem Posten zu sein und durch eine umfassende Kleinagitation die Wähler aufzuklären!

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag beriet am Dienstag den Etat der Reichseisenbahnen, d. h. der elsaß-lothringischen Bahnen, deren Verwaltung mit dem preußischen Eisenbahnministerium durch Personal-Union verbunden ist. Herr v. Breitenbach, borussischer Eisenbahnminister, ist im Nebenamt Chef der Reichseisenbahnen. Und das besagt alles. Fiskalismus und Feudalpatriarchalismus herrschen im Schienenreiche zwischen Vogesen und Rhein so gut wie in Ostelbien. Auch auf bürgerlicher Seite wird geklagt über die Harthörigkeit der Reichseisenbahnverwaltung gegenüber den modernen Anforderungen des Verkehrs und über kleinliche Knauserei bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Aber die bürgerlichen Redner wickeln die Pillen, die sie Herrn von Breitenbach verabfolgen, in Lobsprüche ein, die sie wirklichen oder angeblichen „Fortschritten“ zollen, die in den letzten Jahren gemacht worden sein sollen. Einzig und allein die Sozialdemokratie ist es auch hier, die die Rechte und Pflichten einer unbestechlichen Kritik wahrnimmt. Die Genossen Boehle und Emmel rückten dem Minister scharf auf den Leib und geißelten das unter Breitenbach weiter florierende System des Buddismus. Nur sie allein traten für das unumschränkte Koalitionsrecht der Eisenbahner ein. Unter denen, die dieses Recht bestreiten, tat sich bezeichnender Weise ganz besonders hervor der Stöcker-Jünger und sogenannte Arbeiterführer Behrens.

Trotz der ellenlangen Tagesordnung kam man nicht über den Etat der Reichseisenbahnen hinaus. Am Mittwoch soll nun aufgearbeitet werden, was am Dienstag unerledigt blieb, insbesondere der Etat des Reichsschatzamts.

Die Budgetkommission des Reichstages

tagte am Montag den ganzen Tag, um die Etatberatung zu Ende zu führen. Beim Etat des Auswärtigen Amtes brachte Abg. Ledebour die Ausweisung eines russischen Staatsbürgers zur Sprache, der seit 43 Jahren in Berlin wohnte, dort auch die Schule besucht hat und ohne jede Veranlassung ausgewiesen worden ist. Der Ausgewiesene war selbständiger Geschäftsmann und gehörte zu den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft. Auf Veranlassung des Polizeileutnants vom 115. Revier wurde der Mann auf der Straße verhaftet, sechs Tage gefangen gehalten, ohne daß er Zeit hatte, seine geschäftlichen Angelegenheiten zu ordnen, nach Rußland ausgeliefert, wo er jetzt noch in Haft ist. Der Mann hat sich politisch niemals betätigt und Strafen wegen bürgerlicher Vergehen nie erlitten. Der Rechtsanwalt hatte den Mann völlig in Stich gelassen. Abg. Ledebour forderte, daß das Auswärtige Amt beim Polizeipräsidium nähere Erkundigungen über den Vorfall einholt und event. Abhilfe schafft. Die Angelegenheit wird übrigens noch im Plenum zur Sprache kommen.

Für den Geheimfonds des Auswärtigen Amtes werden 1,3 Millionen angefordert. Das Zentrum beantragt, die Summe zu spezialisieren. Abg. Scheidemann wendet sich scharf überhaupt gegen jeden Geheimfonds. Die Summe wird aber mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen, mit Ausnahme des Abg. Eickhoff, bewilligt. In der Debatte über das Auswärtige Amt vertritt Abg. Heckscher den Standpunkt, daß der Reichstag sich nicht in die auswärtigen Angelegenheiten einzumischen habe, gegen welche Auffassung die Sozialdemokraten lebhaften Einspruch erhoben. Der Reichstag lade im Gegenteil eine große Verantwortung auf sich, daß er das Reichsamt der auswärtigen Angelegenheiten immer erst ganz zum Schlusse der Etatsberatung behandle. Beim Pensionsfond, der die Summe von 142,5 Millionen erfordert, gab es eine längere Aussprache über die zahlreichen und hohen Pensionen im Bereiche der Militärverwaltung. Die Regierung wurde zu sparsamerer Wirtschaft aufgefordert

Der Staatssekretär Wermuth gibt bekannt, daß neue Bestimmungen über die Gewährung von Veteranenbeihilfe ausgearbeitet worden sind und daß den Veteranen 5 Millionen aus der Wertzuwachssteuer zugute kommen sollen. Die Sozialdemokraten beantragten 1 400 000 Mk. zur Unterstützung arbeitsloser Tabak- und Zündholzarbeiter in den Etat einzustellen; der Antrag wird vom Abg. Geyer begründet. Wermuth bestreitet, daß in der Tabakindustrie noch eine besondere Notlage vorhanden sei. Viele Arbeiter hätten übrigens zu Unrecht die Unterstützung bezogen. Das Zentrum lehnte eine weitere Unterstützung der Tabakarbeiter ab, für die nur noch die Nationalliberalen und die Freisinnigen eintraten. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen und die des Freisinnigen Dohrn wurde der sozialdemokratische Antrag, eine Million für die Tabakarbeiter zu bewilligen, abgelehnt. Gegen die durch den Abg. Geyer begründete Forderung, 400 000 Mk. für die arbeitslosen Zündholzarbeiter zu bewilligen, führte Schatzsekretär Wermuth aus, daß nur noch 25 Arbeiter brotlos seien. Abg. Pichler (Zentr.) meint, die Zündholzarbeiter wollen gar keine Unterstützung vom Reich. Abg. Geyer bemerkt demgegenüber, daß man den Arbeitern für die erlittene Not sehr wohl eine Unterstützung gewähren könne. Der sozialdemokratische Antrag wurde indessen mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Also auch die Freisinnigen stimmten dagegen!

Agrarische Handlanger des Reichsverbandes.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat seit Jahren nicht nur einen Teil der bürgerlichen Presse unter seine Botmäßigkeit gebracht, sondern hat es auch übernommen, den bürgerlichen Parteien ihre Haltung der Sozialdemokratie gegenüber zu diktieren. Alles Protestieren der bürgerlichen Parteien dagegen ist vergebliche Mühe; eine Partei, die sich einmal dem Reichsverband verschrieben hat, die läßt er in bekannter Aufdringlichkeit, so leicht nicht wieder los. Für die kommenden Wahlen will der Reichsverband das ganze Deutsche Reich mit seinen Sudelschriften überschwemmen und er ist nun bestrebt, diese Arbeit so billig wie möglich zu gestalten. Deshalb hat er sich an die Vorstände der preußischen Landwirtschaftskammern, die am 7. und 8. Februar 1911 in Berlin tagten, mit der Bitte gewandt, die Verbreitung der Reichsverbandsflugblätter auf dem Lande unterstützen zu wollen. Der Berichterstatter, Rittergutsbesitzer Freiherr v. Marenholtz hatte allerdings Bedenken dagegen, daß die Landwirtschaftskammern sich ganz offiziell dem Reichsverband unterordnen und zwar weil man den Reichsverband nicht ohne weiteres als eine unparteiische Stelle ansehen könne. Die Landwirtschaftskammern seien unpolitische Organisationen und es sei leicht möglich, daß in einer Betätigung, wie der Reichsverband sie wünsche, eine politische Aktion erblickt werden könne. Die Verbreitung der Reichsverbandsflugblätter auf dem Lande sei aber dringend erwünscht. In der Diskussion wurde einstimmig der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Landwirtschaftskammern als solche mit ihren Mitteln sich von jeder Parteipolitik vollständig fernhalten sollten und auch den Reichsverband nicht offiziell unterstützen dürfen, da jede rein politische Betätigung der Kammer ohne Frage Gegenströmungen auslösen und dadurch die Kammern in ihrer übrigen Tätigkeit behindern würde. Um so notwendiger sei es aber daß alle politisch interessierten Landwirte für ihre Person dem Reichsverband beitreten und so dessen Bestrebungen nach Möglichkeit fördern. Der stellvertretende Vorsitzende, Freiherr v. Wangenheim, der gleichzeitig Vorsitzender des Bundes der Landwirte ist, empfahl, von einer Beschlußfassung abzusehen, statt dessen aber persönlich nach dem Ergebnis der Aussprache zu handeln.

Im preußischen Landtag wollten bekanntlich die Agrarier dem Handelsminister Sydow einen Strick daraus drehen, weil er erklärte, es nicht verhindern zu können, wenn die Handelskammern korporativ dem Hansabund beitreten. Die Landwirtschaftskammern nehmen aber für sich das Recht in Anspruch, in den Dienst des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu treten, dessen Tätigkeit ja nicht bloß gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist. Der Reichsverband hat erst kürzlich gedroht, daß er auch die Freisinnigen mit Schmutz bewerfen werde, wenn sie sich den reichsverbändlerischen Direktiven nicht fügen wollen. Wenn auch die Vorstände der Landwirtschaftskammern von einer Beschlußfassung abgesehen haben, so ist doch damit lediglich eine Verschleierung des offiziellen Anschlusses an den Reichsverband zu erblicken. Die Herren Agrarier werden natürlich die Reichsverbands-Sudeleien nicht selbst austragen, sondern werden mit diesem wenig sauberen Geschäft ihre Hörigen betrauen. Das ändert aber nichts daran, daß die Landwirtschaftskammern nunmehr in die Dienste des Reichsverbands getreten sind und damit sich diesem unterstellt haben.

Liberale Wahlrüstungen.

Die Arbeitsgemeinschaft der liberalen Kreisverbände Bayerns hat am Sonntag auf einer Tagung in Schwabach beschlossen, sofort in den Wahlkampf einzutreten. In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, wird von den beiden liberalen Reichstagsfraktionen verlangt, daß sie Schritte unternehmen, um liberale Gegenkandidaturen zu beseitigen. — Der Kampf gegen die Sozialdemokratie soll „grundsätzlich“ und energisch geführt werden, seine Hauptstoßkraft aber müsse der Liberalismus gegen den schwarz-blauen Block richten.

Ausführungsbestimmungen zur Gewährung der Veteranenbeihilfen.

Der Bundesrat hat am 24. März neue Ausführungsbestimmungen zur Gewährung der Veteranenbeihilfen erlassen, die gegen die bisherigen Bestimmungen eine wesentliche Erleichterung für den Bezug dieser Beihilfen enthalten. Wir geben nachstehend die wichtigsten Bestimmungen aus dieser Verordnung wieder:

Eine unterstützungsbedürftige Lage des Kriegsteilnehmers wegen dauernder gänzlicher Erwerbsunfähigkeit ist als vorhanden anzusehen, wenn er infolge von Alter, schwerem Siechtum, unheilbarer Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd außerstande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, den notwendigen, nicht durch sonstige Einkommensbezüge oder Leistungen unterhaltungspflichtiger Verwandten gedeckten Lebensunterhalt zu verdienen.

Bei Prüfung der Frage, was zum notwendigen Lebensunterhalte gehört, ist ohne Bindung an eine bestimmte Einkommengrenze unter gewissenhafter Würdigung der gesamten Umstände des Einzelfalles auf die persönlichen und die Familienverhältnisse des Kriegsteilnehmers sowie auf die wirtschaftlichen Lebensbedingungen an seinem Wohnorte Rücksicht zu nehmen. Für die Würdigung dieser Lebensbedingungen kann die von der höheren Verwaltungsbehörde für die reichsgesetzliche Krankenversicherung getroffene Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter zum Anhalt dienen.

Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit, z. B. infolge von Krankheit, genügt nicht.

Wird zur Prüfung der Erwerbsunfähigkeit das Gutachten eines Arztes als notwendig erachtet, so soll die Entscheidung möglichst nur auf Grund der Bescheinigung eines beamteten Arztes erfolgen.

Unter den gesetzlichen Invalidenpensionen oder entsprechenden sonstigen Zuwendungen aus Reichsmitteln sind nicht Invaliden-, Alters- und Unfallrenten zu verstehen, sondern nur Militärpensionen und Unterstützungen nach Maßgabe des Allerhöchsten Gnadenerlasses vom 22. Juli 1884.

Der Bezug von Invaliden-, Alters- und Unfallrenten sowie von Zivilpensionen und den entsprechenden Zuwendungen kann nur für die Beurteilung der Unterstützungsbedürftigkeit von Erheblichkeit sein.

Bei Prüfung der Frage, ob ein Antragsteller nach seiner Lebensführung der beabsichtigten Fürsorge als unwürdig anzusehen ist, hat sein politisches Verhalten außer Betracht zu bleiben.

Ob ein Antragsteller wegen Bestrafung als der Fürsorge unwürdig anzusehen ist, hängt von der Art und Schwere der Straftat sowie von der Zeit ihrer Begehung und der späteren Lebensführung ab.

Die Entscheidung über die Unterstützungsbedürftigkeit und die Würdigkeit des Antragstellers soll nicht ohne Anhörung der zuständigen Ortsbehörde erfolgen.

Über die Bewilligung der Beihilfe, insbesondere darüber, wer im Einzelfall als Kriegsteilnehmer anzusehen ist, entscheidet die Regierung desjenigen Bundesstaats, in welchem der Antragsteller zur Zeit der Einreichung des Antrages seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat, in Ermangelung eines Wohnsitzes oder dauernden Aufenthalts die Regierung desjenigen Bundesstaats, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt.

Die Stellung der preußischen Regierung zur Polen-Enteignung.

In der Finanzkommission des Herrenhauses gab der Minister für Landwirtschaft, Freiherr von Schorlemer-Lieser eine Erklärung über den Stand der Enteignungsfrage ab, in der es heißt, die Staatsregierung sei fest entschlossen, die durch das Gesetz vom 26. April 1886 eingeleitete Ansiedlungspolitik zum Schutze des Deutschtums in den Provinzen Posen und Westpreußen fortzuführen. Sie werde deshalb auch nicht darauf verzichten, von der ihr durch § 13 des Gesetzes vom 20. März 1908 gegebenen Befugnis zur Enteignung in geeigneten Fällen und mit der Vermeidung jeder unnötigen Härte Gebrauch zu machen, sobald die gesetzlich bestimmten Voraussetzungen der Enteignung als vorliegend zu erachten seien. Die Staatsregierung allein habe die Verantwortung für die Prüfung dieser Voraussetzungen und die daraufhin zu treffende Entscheidung zu tragen. Sie könne sich deshalb in ihren Entschließungen auch nicht durch die in der Presse und von Vereinen und Versammlungen geäußerten Wünsche, sondern lediglich durch eine sachliche und gewissenhafte Beurteilung der vorliegenden Verhältnisse bestimmen lassen.

Es lasse sich noch nicht übersehen, wie weit der Landbedarf der Ansiedlungskommission für das Jahr 1912 aus freihändigen Ankäufen gedeckt werden könne, für das laufende Jahr sei aber kein Rückgang der Ansiedlungstätigkeit zu befürchten.

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses,

hat am Dienstag einstimmig beschlossen, die Wahl des freisinnigen Abgeordneten Dr. Ehlers in Breslau IV für ungültig zu erklären. Diese Wahl wird in einem Protest der Zentrumspartei deshalb angefochten, weil nicht Ehlers, auf den auch die sozialdemokratischen Stimmen in der Stichwahl gefallen waren, sondern der Konservative Vogel die absolute Mehrheit erlangt habe und ferner deshalb, weil bei den Ersatzwahlen der Wahlmänner Geschäftsleute von sozialdemokratischer Seite mit Boykott bedroht worden seien. Es wurden auch Verstöße gegen das Wahlreglement geübt.

Rußland.

Ablehnung des Ausschlußantrages gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Tschcheidse in der Duma. Stolypin hat vor kurzem in der Duma eine recht fühlbare Niederlage erlitten. Er hatte im vorigen Herbst den Antrag auf Ausschließung unseres Genossen Tschcheidse aus der Duma gestellt, weil dieser angeblich auf Grund eines falschen Zensus gewählt worden war. War schon die Forderung selbst nach Ablauf von drei Jahren nach den Wahlen recht merkwürdig, so zeigte andererseits die Art und Weise, wie Stolypin vorging, daß es sich hier um einen brutalen Gewaltstreich handelte. Stolypin setzte einfach den Vorsitzenden der Duma in Kenntnis, das Tschcheidse auf Grund „falscher Dokumente“ gewählt worden war und verlangte kurzer Hand dessen Ausschluß. Anstatt nun, wie es sich gebührte, und wie unsere Genossen verlangten, dieses unverschämte Ansinnen abzulehnen, überwies die Duma diese Frage einer Kommission, welche beschloß, die Regierung um Zustellung des entsprechenden Materials zu ersuchen. Da Stolypin dies ablehnte, beschloß die Kommission, den Antrag über Ausschließung des Abgeordneten von Tiflis, Tschcheidse, „ohne Prüfung zu belassen.“ Diese Antwort bedeutet eine klatschende Ohrfeige für die brutale Gewaltpolitik der Regierung.

Asien.

Rußland und China. Eine Nachricht, daß China in allen Punkten nachgegeben habe, um einem Kriege aus dem Wege zu gehen, wird bestätigt. Aus Petersburg wird gemeldet: Die chinesische Antwort auf das russische Ultimatum ist hier eingelaufen. China erklärt sich bereit, die russischen Forderungen zu erfüllen. — Aus London, 28. März, wird telegraphiert: Eine private chinesische Gesellschaft soll ein Telegramm aus Peking erhalten haben, wonach eine große russische Militärkolonne auf Ili zumarschiert. Sie sei schon auf chinesischem Gebiete. Eine Bestätigung liegt nicht vor.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 29. März.

Achtung, Tapezierer! Die Tapeziergehilfen Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Die Bürgerschaft beendete gestern abend die Beratung des Etats in einer verhältnismäßig kurzen Sitzung. Bereits um 9½ Uhr konnten sich die Mitglieder des Vierklassenparlaments nach ihren Stammtischen begeben. Größere Debatten gab es überhaupt nicht. Die Schweigeverabredung der Erstklassigen wurde von diesen getreulich gehalten, was gewiß bedeutend zur Abkürzung der Verhandlungen beitrug. Die Herren haben eigentlich noch nie an Geistesüberfluß gekrankt; in diesem Jahre scheint aber die Geistesarmut in jenen Kreisen recht erheblichen Umfang angenommen zu haben. Sie wußten nämlich so gut wie gar nichts zu sagen.

Die gestrige Sitzung leitete Herr Rosenquist mit einer unfreiwillig-komischen Bemerkung über seine Montags-Jugendorganisationshetze ein; er suchte den Beweis für seine infäme Behauptung, daß die freie Jugendorganisation für den bedauerlichen Selbstmord eines Lehrlings verantwortlich sei, dadurch zu erbringen, daß er konstatierte, der Verstorbene sei selbst Mitglied dieser Jugendorganisation gewesen. Ja, wer hatte das bestritten? Wenn sich etwa ein Tischlerinnungsmeister eigenhändig aus diesem Jammertal entfernen würde, ist denn die Innung am Ende dafür verantwortlich zu machen. Hä?!

Beim Artikel „Bürgerschaft“ setzte die Beratung des Etats ein. Genosse Löwigt wünschte, daß den Bürgerschaftsmitgliedern die Drucksachen am Jahresschlusse gedruckt zugehen möchten. Ferner regte er die Ausstellung von Legitimationskarten für die Bürgerschaftsmitglieder an. Dieser letzteren Anrege soll entsprochen werden. Der erste Wunsch wurde als „unbillig“ bezeichnet. Der alte Herr Schorer schien sich sogar in jene Zeit zurückzuwünschen, wo die Bürgerschaftsmitglieder überhaupt keine Drucksachen erhielten. Eine ganze Reihe von Wünschen und Monituren brachten die Genossen Stelling, Hoff und Löwigt beim Abschnitt Polizeiamt vor. Genosse Stelling verlangte die Anstellung der teilweise schon recht lange im Dienst befindlichen Hilfsschutzleute und ersuchte um die gleichmäßige Gestaltung und Innehaltung der den Schutzleuten zustehenden Ruhepausen. Dem alldeutschen Polizeisenator Dr. Neumann war es anscheinend recht unangenehm, daß gerade die Sozialdemokraten die Interessen der kleineren Beamten vertreten, wie seine eigenartige Antwort erkennen ließ. Genosse Löwigt kritisierte die Polizeiverordnung über die Kinematographen, während Genosse Hoff einen Fall anführte, in dem das Polizeiamt eine arme Witwe, die für eine Anzahl Kinder und einen alten Vater zu sorgen hatte, deshalb verklagte, weil sie nicht auch noch für einen gesunden 24jährigen Sohn aufkam. Das sei eine Härte, die nicht berechtigt sei.

Im weiteren Verlauf der Beratung trat Genosse Wittfoot für die Einschränkung resp. Beseitigung der Zigarrenarbeit in der Strafanstalt Lauerhof ein; Genosse Dr. Schlomer betonte wieder die Notwendigkeit der Anstellung eines Gewerbeinspektors und wies auf Mißstände in der Schlutuper Fischindustrie hin. Genosse Bruns regte an, die Lieferung von Dienstkleidung direkt an die Schneidermeister und nicht an einen Zwischenunternehmer zu vergeben. Bemerkenswert ist noch, daß nunmehr auch vom Senatstisch das Bedürfnis für die baldige Anstellung eines Gewerbeinspektors im Hauptamt anerkannt wurde.

Beim Kapitel „Theaterbehörde“ vertrat Gen. Löwigt den Wunsch des Arbeiterbildungsvereins, gelegentlich auch Opernvorstellungen für seine Mitglieder zu veranstalten, was von Herrn Dr. J. Meyer als Mitglied der Theaterbehörde denn auch in Aussicht gestellt wurde. Ebenso wurde von unserm Genossen eine Aufbesserung der geringen Bezüge der Garderobenfrauen befürwortet. Damit war die eigentliche Etatsberatung erledigt.

Nunmehr stand zur Debatte der beantragte Zuschlag von 10% zur Einkommensteuer für alle Einkommen über 1200 Mark. Genosse Pape wandte sich mit Entschiedenheit dagegen, daß man auch den Leuten, denen man das Wahlrecht so erheblich beschnitten habe, den Steuerzuschlag aufbürden wolle. Er stellte einen Antrag, nach welchem alle Einkommen bis zu 2000 Mk. von dem Steuerzuschlag unberührt werden und für die Einkommen über 2000 Mk. der Zuschlag stark progressiv gestaffelt wird. Die Bürgerschaft entschied sich jedoch für den Antrag des Senates und beschloß damit eine neue Ungerechtigkeit.

Zum Schluß rügte Genosse Stelling beim Budget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten mit Recht, daß man den Insassen des Heiligen-Geist-Hospitals, die Altersrente erhalten, nicht das wöchentliche Verpflegungsgeld zukommen lasse. Hierauf wurde das ganze Budget gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinniger angenommen. Die gesamte diesjährige Budgetberatungsdauer betrug kaum 18 Stunden.

Die „Einigung“ der Lübecker Maschinenbaugesellschaft mit der bisherigen Konkurrenzfirma Orenstein u. Koppel fand gestern die Zustimmung der Generalversammlung der Aktionäre der Lübecker Maschinenbaugesellschaft. Gleich zu Beginn der stark besuchten Sitzung gab Justizrat Stern die Erklärung wegen der Einigung mit der Firma Orenstein u. Koppel ab. Danach ist es den Hauptaktionären trotz des schlechten Ergebnisses des letzten Jahres gelungen, mit der Firma eine Einigung zu erzielen, die das Interesse der Gesamtheit der Aktionäre voll wahrt und zugleich auch die Selbständigkeit des Lübecker Betriebes. In der Diskussion wurde von allen Seiten der „Streik“ — daß es sich in Wirklichkeit um eine Aussperrung handelte schien niemand zu wissen — für die schlechten Geschäftsergebnisse verantwortlich gemacht. Die Schuld trifft somit einzig und allein die Werksleitung. Nach Schluß der Debatte wurde die Bilanz genehmigt und dem Vorstande und Aufsichtsrat die beantragte Entlastung erteilt.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Donnerstag, findet als letztes Gastspiel des Kammersängers Paul Knüpfer von der Hofoper in Berlin eine Aufführung der Oper „Die Entführung aus dem Serail“ von Mozart statt. Der berühmte Künstler singt den Osmin.

In den übrigen Hauptrollen sind die Damen Weber und Stretten sowie die Herren Melzer, Haas und Grube beschäftigt. — Am Freitag findet die Uraufführung des Einakters „Haus" von Dr. Diederich statt. Dazu kommt das Schauspiel „Thalea Bronkema" von Wiegand zur Wiederholung. — Sonnabend wird Frau Franziska Ellmenreich vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg ein einmaliges Gastspiel als Königin Elisabeth in Schillers „Maria Stuart" bei gewöhnlichen Schauspielpreisen absolvieren.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Das Gastspiel des Fritz-Steidl-Ensembles mit Paul Linckes Pracht-Ausstattungs-Revue „Halloh! Die große Revue!" ist mit Freitag, dem 31. d. Mts., beendet. Vielfachen Wünschen entsprechend werden am vorletzten wie auch am Abschiedsabend zwei populäre Vorstellungen veranstaltet. An beiden Abenden sind die Eintrittspreise auf allen Plätzen um die Hälfte ermäßigt. Die Vorstellungen, welche in unveränderter Weise in Darstellung und Ausstattung von statten gehen, beginnen 8¼ Uhr und enden 11 Uhr. Der Vorverkauf ist in den bekannten Vorverkaufsstellen bereits eröffnet.

Eutin. Reichswertzuwachssteuergesetz. Die oldenburgische Regierung hat unterm 20. März folgende Verordnung zur Ausführung des Reichswertzuwachssteuergesetzes erlassen: § 1. Oberste Landesfinanzbehörde ist für das Großherzogtum das Ministerium der Finanzen. § 2. Oberbehörden sind: für das Herzogtum, die neu zu bildende Oberbehörde für Zuwachssteuersachen in Oldenburg, für die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld: die Regierungspräsidenten. § 3. Zuwachssteuerämter sind: im Herzogtum die Ämter und die Magistrate der Städte 1. Klasse, in den Fürstentümern Lübeck und Birkenfeld: das für jedes Fürstentum am Sitze der Regierung zu bildende Zuwachssteueramt. § 4. Hebestellen (Einnahmestellen) sind: im Herzogtum: die Amtsrezepturen, in den Fürstentümern Lübeck und Birkenfeld: die Amtskassen. § 5. Die Besetzung der Oberbehörde für Zuwachssteuersachen im Herzogtum, sowie die Zuwachssteuerämter in den Fürstentümern Lübeck und Birkenfeld mit einem oder mehreren Beamten bleibt der Bestimmung des Staatsministeriums, vorbehalten. — Zum Reichswertzuwachssteuergesetz wird noch auf folgendes aufmerksam gemacht: Mehrere der Gemeinden, die nach § 60, Abs. 2 des Gesetzes befugt sind, beim Reichskanzler die Belassung ihrer bisherigen Zuwachssteuersatzung zu beantragen, halten mit der Stellung solcher Anträge zurück, bis sie die Ausführungsbestimmungen zum Gesetze oder die Festsetzung des Durchschnittsertrages durch den Bundesrat erfahren oder ihre Gemeindevertretungen befragt hätten. Diese Gemeinden gehen, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ausführt, von unzutreffenden Voraussetzungen aus. Anträge auf Belassung der bisherigen Satzungen können, soweit sie überhaupt aussichtsvoll erscheinen, nur berücksichtigt werden, wenn sie vor dem 1. April d. J. vorbehaltlos gestellt und bei dem Reichskanzler eingegangen sind.

Hamburg. Schuhmacherstreik in Hamburg, Altona, Wandsbek beschlossen! Die Schuhmacher von Hamburg, Altona und Wandsbek haben am Montag, 27. März, beschlossen, am 31. März die Arbeit niederzulegen und in den Streik einzutreten. Zuzug nach Hamburg ist strengstens fernzuhalten. — Die Schildermaler, Anmacher und Ätzer Hamburgs und Umgegend stehen seit 27. März im Streik. Die Unternehmer boten ihnen auf ihre Forderung von 67 Pfg. per Stunde 62 Pfg. an, während schon jetzt ein Durchschnittslohn von 67 Pfg. tatsächlich verdient wird. Es käme also direkt auf eine Verschlechterung des Bestehenden hinaus. Da die Gehilfen sich darauf nicht einlassen können, legten alle die Arbeit nieder, resp. reichten ihre Kündigung ein, damit die Sache nicht durch langwierige Verhandlungen verschleppt wird. Seit dem 1. März haben die Herren Arbeitgeber die Forderung schon in Händen. Zuzug ist streng fernzuhalten!

Hamburg. Aussperrung der Holzarbeiter. Der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe beschloß, wie bereits berichtet, Montag abend die Aussperrung sämtlicher Gehilfen mit Wirkung von Dienstag, den 28. ds. ab. Die Akkordarbeiter sollen ihre Arbeit zu Ende führen. Es kommen 4000 Arbeiter in Betracht. Über die Vorgänge, die zu der Aussperrung geführt haben, wird uns geschrieben: Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe verschärft sich weiter, und zwar vornehmlich durch die Hetzerei des Verbandes Unterelbe, dem der „Arbeitgeberschutzverband von Hamburg und Umgegend" korporativ angeschlossen ist. Der Verband „Unterelbe" ist es, der die Beseitigung des paritätischen Arbeitsnachweises verlangt und dem Arbeitgeberschutzverband den Ausschluß angedroht hat, falls dieser mit dem Holzarbeiterverband die Arbeitsvermittelung gemeinsam regelt. „Unterelbe" war es auch welcher durch seinen Geschäftsführer Gurlitt die Tischlermeister veranlaßte, sämtliche gemachten Zugeständnisse zurückzuziehen und „Unterelbe" ist es, welcher es mit allen Mitteln zum Kampf auf der ganzen Linie treibt. Nachdem man die Tischlermeister seit Wochen bearbeitet, sind diese jetzt soweit, daß sie dem Kommando Gurlitts blindlings folgen. Anstatt zu versuchen, die noch vorhandenen geringen Differenzen zu beseitigen, wurden die Verhandlungen von den Unternehmern abgebrochen. Am 25. März wurde dem Holzarbeiterverband von der Innung mitgeteilt, daß, weil der paritätische Arbeitsnachweis an gesperrte Betriebe Arbeitskräfte nicht vermittelt, „sich die Tätigkeit an der Arbeitsnachweisstelle erübrigt; wir werden die Eröffnung derselben am Montag morgen nicht zulassen!" Diese Drohung hat die Innung wahr gemacht. Der Hamburger „Paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe" ist am 27. März durch einen Gewaltakt des Vorstandes der Tischlerinnung auf Veranlassung des Verbandes „Unterelbe" geschlossen. Der Holzarbeiterverband hat gegen diese Maßnahme protestiert und sich alle weiteren Schritte vorbehalten. Von der Innung wurde nunmehr in Gemeinschaft mit dem Schutzverband die Versammlung der Hamburger Tischlermeister einberufen, in der die Aussperrung aller Hamburger Holzarbeiter beschlossen wurde. Der Vorstand von „Unterelbe", der Vorstand des Schutzverbandes und der Innung in Gemeinschaft mit weiteren maßgebenden Unternehmern hatten vorher schon einen dahingehenden Beschluß gefaßt. Welchen Umfang die Aussperrung annehmen wird, läßt sich noch nicht sagen. Das steht aber schon jetzt fest, eine ganze Anzahl Unternehmer werden nicht aussperren und „Unterelbe" mit seiner ganzen Gefolgschaft wird sehr bald einsehen, daß man eine große — — Dummheit gemacht hat. Inzwischen wird in der Generalanzeiger-Presse schon nach Tischlern, Maschinenarbeitern usw. inseriert. Auch Kleinmeister werden gesucht, „welche angefangene Arbeiten fertig stellen sollen. Zuzug ist fernzuhalten.

Wandsbek. Im Aeroplan von Berlin nach Wandsbek. Auf dem Wandsbeker Exerzierplatz traf am Dienstag abend ein Aeroplan-Zweidecker mit zwei Offizieren der Militär-Luftschiffer-Abteilung von Berlin-Johannistal ein. Die Herren hatten 3½ Stunden zu dem Fluge gebraucht. Sie wollen, wenn das Wetter günstig ist, Mittwoch den Flug nach Dresden fortsetzen.

Altona. Appetitliches. Der Schlachtermeister Böttcher hat in unerhört frivoler, leichtfertiger Weise mit Leben und Gesundheit seiner Mitmenschen gespielt, indem er vier Fässer Abfallfleisch, das hochgradig verdorben und völlig in Zersetzung übergegangen war, an einen Wurstfabrikanten in Hamburg als kerngesunde Ware zu verkaufen versuchte. Böttcher hatte sich deshalb vor der Strafkammer des Altonaer Landgerichts zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte acht Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust. Erkannt wurde auf zwei Monate Gefängnis und Vernichtung des beschlagnahmten Fleisches.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Geestemünde. 40 Korbmacher in Wulfsdorf, Kreis Geestemünde, haben wegen Akkordreduzierung am Montag, dem 27. März, die Arbeit niedergelegt. Die Wulfsdorfer Korbmacher gehören zu den schlecht bezahltesten Arbeiterkategorien der Unterweserorte. Zuzug ist fernzuhalten.

Bremen. Die Oktobertrawalle vor dem Schwurgericht. Die letzten Angeschuldigten der anläßlich des Straßenbahnerstreiks Verhafteten kommen jetzt vor dem hiesigen Schwurgericht zur Aburteilung. Verhandelt wird am Dienstag gegen den Arbeiter Hermann Langhorst, geboren 1892 in Hemelingen. Der Beschuldigte ist seit dem 3. November 1910 in Untersuchungshaft. Ferner wird verhandelt gegen den Arbeiter Ernst Westphal, geboren 1891 in Bremen, seit dem 1. November in Untersuchungshaft. Beide Beschuldigte werden des Aufruhrs, Landfriedensbruchs und der Beleidigung angeklagt. In der Anklageschrift heißt es bezüglich des Angeklagten Langhorst: Der Angeschuldigte beteiligte sich an den Unruhen auf dem Spielplatz, insbesondere soll er dabei gewesen sein, als am 18. Oktober abends der Feuermelder Ecke Grenz- und Nordstraße zerstört und die Feuerwehr alarmiert wurde. Bezüglich des Angeklagten Westphal heißt es: „Mit dem letzten Angriffe des Polizeikommissars Preuße vom Spielplatz aus war die Stoßkraft der Menge gebrochen, von da ab, etwa 11 Uhr abends, hielt sie sich fern und tobte sich mehr in Gewalttätigkeiten gegen Sachen aus, nur vereinzelt ging sie noch zu Angriffen gegen die Beamten über. Einmal flackerte der Haß gegen die Behörden noch wieder auf, als eine durch die vereinten Vorstöße der Polizeikommissare Preuße, Wiencskewski und Meyer abgesprengte, in der Breslauerstraße und am Steffensweg zusammengerottete Menge gegen 12 Uhr einen Angriff gegen Beamte unternahm, wobei Westphal festgenommen wurde. Heute, Mittwoch, wird verhandelt gegen die Ehefrau Jühring, geboren 1863 zu Aslau im Kreise Bunzlau. Sie hat vom 27. Oktober bis 22. Dezember in Untersuchungshaft gesessen und wird beschuldigt, dem Schutzmann Tesch, der am Abend des 18. Oktober den Fußsteig der Wartburgstraße am Spielplatz säubern wollte, Widerstand geleistet und Pfeffer in die Augen geworfen zu haben. Der Beamte wurde dadurch angeblich vorübergehend der Sehkraft beraubt. Über die Verhandlung werden wir berichten. Ein Telegramm besagt: Das Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Langhorst wegen Aufruhrs zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern abend als zweite Vorstellung im Mozartzyklus die köstliche Lustspiel-Oper „Figaros Hochzeit" zur Aufführung. Den vielgewandten Figaro sang und spielte Herr Knüpfer von der Berliner Hofoper sehr routiniert und wirkungsvoll. Besonders anerkennenswert ist es, daß der Künstler sich frei von jeder Übertreibung hielt und sich völlig unaufdringlich in den Rahmen unseres Ensembles einfügte, das in den Herren Schenk, Fischer und Haas, sowie den Damen Weber, Bartsch, Stretten und Neuendorf seine besten Stützen hatte. Die Regie des Herrn Islaub und die musikalische Leitung des Herrn Pfeiffer waren von Liebe zu dem prächtigen Werke erfüllt, das die reiche Anerkennung des fast ausverkauften Hauses fand.

Genossenschaftsbewegung.

Hansabund und Konsumvereine. Auf der Tagung des Gesamtausschusses des Hansabundes, die vor wenigen Wochen in Berlin stattfand, sprach ein Stadtrat Schulz aus Memel über den Kleinhandel und berührte auch die Konsumvereine. Der so gesprächige Hansabund berichtete in seinem Organ über diese Tagung leider sehr dürftig. Insbesondere ließ er die Rede des Herrn Schulz ziemlich unter den Tisch fallen. Glücklicherweise hat Herr Schulz seine Ausführungen selbst in einem Krämerblatte veröffentlicht, so daß man die Qualität dieses neuesten Sachverständigen des Hansabundes für die Genossenschaftsfragen besser würdigen kann. Der Hansabund hat mit diesen Herren augenscheinlich Pech. Erst verfiel er ausgerechnet auf Herrn Polster vom Zentralverband der Kohlenhändler, dessen Ausführungen selbst in unbeteiligten Kreisen vielfach Kopfschütteln erregt haben. Herr Schulz ist diesem verflossenen Sachverständigen aber noch bedeutend über. Er hat von den Konsumvereinen gar keine Ahnung. Was er an Zahlenmaterial brachte, stammt allem Anscheine nach aus ostpreußischen Kreisblättern, die es mit vielen Druckfehlern irgendwo aus der größeren Presse übernommen haben. Dem entsprachen die Kenntnisse des Herrn über die Rechtsverhältnisse der Konsumvereine. Unter anderm behauptete er frank und frei: die Konsumvereine hätten keine steuerlichen Lasten zu tragen. Hoffentlich kommt im Hansabunde bald jemand zu Wort, der besser unterrichtet ist.

Warenhaussteuer und Spezialgeschäfte. Als die preußische Warenhaussteuer geschaffen wurde, sollte sie einen Schutz gegen das Warenhaus bilden; sie hat den Warenhäusern nicht viel geschadet, aber vielen Spezialgeschäften wegen Verkauf einiger Kleinigkeiten, die die Behörde in das Warenschema an anderer Stelle einfügte, als die betreffenden Geschäfte vermuteten, große Ausgaben gebracht. Auch die Entwicklung der Konsumvereine leidet sehr unter der Steuer. Diese Schattenseiten treten um so mehr hervor, als die Behörde stets bereit war, den Bereich der Steuer möglichst auszudehnen. Gegenwärtig wird in der Beziehung wieder einmal in Berlin ein besonderer Eifer entwickelt. Alle möglichen Spezialgeschäfte sucht man durch Probekäufe zu Warenhäusern zu stempeln. Zu welchen Widersinnigkeiten die Anwendung des Gesetzes führt, zeigt der Umstand, daß sich die Steuerverwaltung allen Ernstes mit der Absicht trug, Konfitürengeschäfte, die ihre Bonbons usw. in Tassen verpackt, verkauften, wegen dieses Handels mit Glas- und Porzellangegenständen, warenhaussteuerpflichtig zu machen. Recht amüsant ist auch die Art und Weise, wie in einem Geschäfte Blumenetageren verkauft werden. Sie stehen für gewöhnlich auf dem Tische, zum Verkaufe werden sie jedoch auf den Fußboden gesetzt, da sie auf diese Weise zu Möbeln werden, während sie andernfalls als Luxusgegenstände das Geschäft warenhaussteuerpflichtig machen würden. Ein andres Geschäft, das minder vorsichtig war und neben seinen Möbeln auch einen Gelegenheitsposten von sechs kleinen Wanduhren anbot, von denen es zwei verkaufte, wurde deswegen mit 30 000 Mk. zur Warenhaussteuer veranlagt. Es erreichte zwar eine Herabsetzung um die Hälfte; das macht per Uhr, bei wenigen Mark Nutzen, noch immer eine Steuer von 7500 Mk.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 25. März.

Auftrieb 7100 Schweine. — Marktmäßig langsam geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 55,— bis 56,00 (44,— bis 45,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund. Tara 20 Proz., —,— bis 55,— (00,00 bis 44,00) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 54,50 bis 55,50 (42,50 bis 43,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 54,— bis 55,00 (42,00 bis 43,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 53,00 (38,00 bis 40,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 50,— bis 52,00 (40,00 bis 41,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 45,00 bis 50,00 (35,00 bis 39,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

D. T. V.
Vorstandssitzung
Donnerstag abend 8½ Uhr.

Sonntag nachmittag starb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Maurer
Wilh. Johann Christ, Ludw. Lendt
im 61. Lebensjahre.
Dies zeigen an im Namen der Hinterbliebenen
F. Steffens und Frau, geb. **Lendt.**
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 30. März, nachm. 3 Uhr, vom Kirchhof Vorwerk aus statt.

Allen denen, die unserm lieben Vater **G. Richter** die letzte Ehre erwiesen, besonders dem Verband der Schneider, sowie für die trostreichen Worte des Hrn. Pastor Becker herzlichen Dank. **Die Hinterbliebenen.**

Ein freundl. möbliertes **Zimmer** zu vermieten.
Kupferschmiedestr. 13.

Zu sof. od. später e. leeres heizb. **Zimmer** z. verm., Sonnenseite, pass. für einen alten Mann oder Frau. Zu erfragen Wakenitzmauer 16, I.

Zu sofort oder später **Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen** zu vermieten. Näheres
Kottwitzstraße 48, pt., r.

Zwei-Stuben-Wohnung m. Stall und Garten zum 1. April zu verm.
Küntzel, Schönböcken.

Gesucht zum 1. Juli eine Zwei- oder eine kl. Dreizimmerwohnung. Off. mit Pr. u. **H** an die Exp.

Eine guterhaltene **Handnähmaschine,** „Singer", zu verkaufen
Lilienstraße 14, II., links.

Ehepaar ohne Kinder sucht zum 1. Juli eine Zwei-Zimmer-Wohnung in Nähe der Waisenhofstraße, 200 bis 220 Mk. Ang. u. **K** a. d. Exp.

Leute m. e. 5jähr. Kinde suchen z. 1. Juli e. **2-Stuben-Wohnung** v. d. Holstentor-Nord. Ang. m. Preis bis zu 240 Mk. u. **L W** a. d. Exp.

Ges. von ruh. Leuten z. 1. Juli e. **2—3-Zimmer-Wohnung.** Langereihe od. deren Nähe. Ang. unter **P A** an die Exp. d. Bl.

Suche sof. tücht. Maurer
bei dauernder Beschäftigung.
E. Luckmann, Baugeschäft,
Dassow.

Gesucht zu sofort **200 Mk.** geg. Sicherheit und sehr hohe Zinsen. Rückzahlung bis 1. Novbr. Angeb. unt. **O A** an die Exped. d. Bl.

Einige Meter **Linoleumläufer billig zu kaufen gesucht.**
Ang. u. **M 15** an die Exp. d. Bl.

Ein wenig gebrauchter brauner **Kinderwagen** m. G. zu verkaufen
Rabenstraße 12a, I., Burgtor.

Eine fast neue **Hängelampe** billig zu verkaufen
Schwartauer Allee 221.

1½ schläfige **Bettstelle,** fast neu, zu verkaufen
Kl. Petersgrube 2, I.

Ein Tisch und kl. Küchenschrank billig zu verkaufen
Steinrader Weg 32a.

Billig zu verkaufen zwei schöne **Stubenbilder** und ein kl. **Bücherbort**
Attendornstraße 51, II.

Zu verk. Herren- u. Damengard. Händler verb. Lindenstr. 30, II., r.

Billig zu verkaufen **zwei Eichhörnchen** mit Bauer
Klappenstr. 28, pt.

Zu verk. ein fast neues halbl. **Jackett** für jg. Mädchen, Gr. 42, und eine **Kinderjacke** für 12—13 J.
Wahmstraße 37.

Zu verkaufen gut erhalt. schw. **Kostüm,** Größe 44, Preis 25 Mk. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Billig zu verkaufen ein kleiner Holzkoffer Margaretenstraße 7a.

Billige Bauplätze in der Kirchenstraße zu Neufeld. Heinr. Soroe, Lübeck, Breite Str. 52 u. Schwartau.

Ein einfacher **Sitz- u. Liegewagen** billig zu verkaufen
Restaurant „Moislinger Baum".

Kanarienhähne, St. Seifert, zu verkauf.
Jul. Hartwig, Gewerbesstr. 53, II.

Frau Ortmann, Hebamme.
Loignystraße 18, I.

Wer nimmt ein kleines Kind in Kost und Pflege.
Fischergrube 38/1.

Verloren eine **goldene Brosche,** von der Pelzerstraße bis Emilienstraße. Abzugeben Pelzerstr. 22.

In Schwartau-Kaltenhof, Waldstr., etwas **Ackerland** zu verpachten.
Näh. **v. Dören,** Reihteich 16.

Empfehlungskarten ::
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Für die bevorstehende

Konfirmation und das Osterfest

empfehlen wir

Glückwunschkarten

in **grosser Auswahl,** von den **billigsten** bis zu den **feinsten** Aufmachungen.

Für die

Umzugszeit

bringen wir unsere

Spezial-Warenabgabestelle Glandorpstr. 1

in empfehlende Erinnerung, in der wir in allen einschlägigen Artikeln in

Manufakturwaren und Hausstandsartikeln

ein gut sortiertes Lager unterhalten.

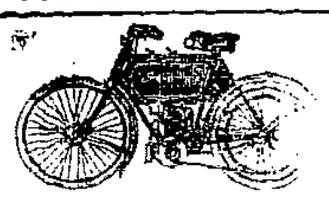
Ausser in dieser Abgabestelle führen wir die Glückwunschkarten noch in folgenden Abgabestellen:

Lübeck: Kottwitzstr. 8, Elswigstr. 9a, Kronsf. Allee 105a.
Schwartau: Eutiner Strasse 1. **Eutin:** Stollbergstrasse.
Moisling, Vorwerk und Schlutup.

Der Vorstand.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.



Sämtliche Reparaturen
an **Fahrrädern** und **Nähmaschinen** aller Systeme werden in kürzester Zeit bei billigster Berechnung prompt ausgeführt.
Sämtliche Ersatz- und Zubehörteile
stets am Lager.
Heinr. Körner,
Gr. Burgstr. 23.
Fernruf 1685.

Empfehle zu **Ostern** mein Schuhwarenlag. sow. Konfirmand.-Stief.
E. Lüdemann, Meierstr. 29.

Farben
trockene, sowie in Oel geriebene, eigene Fabrikation in bekannter Güte.
Leinöl, Siccatif, Lacke etc.
Hafen-Drogerie
Georg Bornhöfft.
Lübeck, Untertrave 44/45.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

Wilhelm Rabfoth,
Untertrave 113. Fernsp. 687.
Weine und Spirituosen
in jeder Preislage und in nur besten Qualitäten.

Ganz hervorragend schöne
dänische
Meiereibutter
à Pfund **1.30 Mk.**
Fedder J. Behm
Hansastraße 97.

Rote Gelbwurzeln, 12 Pfd. 30 Pf., gr. Sellerie- u. Petersilie-Wurzeln billig zu verkaufen.
Mühlenstraße 91-9.

Blühende **Topf- und Gartenpflanzen** sowie sämtliche **Sämereien** sind zu haben Schützenstr. 56.

Unter alte emaillierte Töpfe werden **neue emaillierte Boden** gesetzt.
Mengstraße 19.

Für ausgekämmtes Haar
zahle hohe Preise.
Dankwartsgrube 43.

Obstbäume, Erdbeerpflanzen, Ziersträucher, Laubenpflanzen Fruchtsträucher, Buchsbaum, Rosen, beste keimf. **Sämereien**
empfiehlt zur jetzigen Pflanzzeit
C. Rohrdantz, Moisling. Allee 55.

Zentral-Hallen
Dankwartsgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt für Herren **25** Pfg., für Damen **10** Pfg., dafür Tanz frei.
H. Pagel.

Mein Geschäft verlegte ich heute von Beckergrube 73 nach
Beckergrube 61 (Ecke Blecksquerstrasse).
Lübeck, 28. März 1911.
C. Breitstadt.
Mehl, Futterstoffe, Hülsenfrüchte.
Spezialgeschäft.

Kein Hoddehüh!
Kauft in Möllers Fleischquelle.
Prima fettes Rindfleisch Pfd. 60 ₰
Junges Schweinefleisch Pfd. 60 ₰
Karbonade, Gulasch, Gehacktes Pfd. 70 ₰

Dann decken Sie Ihren Bedarf in:
Gardinenkasten, Gardinenstangen, Portièrengarnituren, Rouleaubeschlägen, Bildernägeln, Schlössern usw., sowie **Bürstenwaren** u. **Küchengeräten**
gut und preiswert bei
J. F. B. Grube, am Markt.

Vertreter: Kühl & Davidsen, Lübeck, Braunstraße 38. · Fernsprecher 1150.

Man abonniert *jederzeit* auf das
schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter
München · Zeitschrift für Humor und Kunst · Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Als Bezugsquelle feinster
Salzheringe, Fischkonserven, Salzgurken, Käse 2c.
empfiehlt sich die Firma
H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge) G.m.b.H., Fischergrube 61.

Konsumverei
für Lübeck und Umgege
e. G. m. b. H.

Wahlversammlung
für die Mitglieder der Warenabgestelle in
Schlutup
Donnerstag, 30. März 19
abends 8½ Uhr
im Gasthof zur Linde.
Eutin
Freitag, 31. März 191
abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn W. Knickre
Gasthof „Stadt Altona"
Tagesordnung für beide Versamlungen:
Wahl von je 3 Mitglied für den Genossenschaftsr
Wir machen besonders dar aufmerksam, daß zur Abgabe Stimmen die Vorzeigung Mitgliedsbuches unbedingt wendig ist.
Um zahlreiche Beteiligung ers
Der Vorstand

HANSA THEATER
Beginn d. Konzerts **8** Uhr
Anf. d. Vorstellung 8¼ Uhr
Gastspiel
des berühmten
Sylvester Schäffer jr
und das übrige Programm
Vorverkauf bei Sager.
Kohlmarkt.

Stadthallentheate
Donnerstag, 30., u. Freitag, 31. M
abends 8¼ Uhr:
Letzte 2 Vorstellunge
Bei halben Preisen
Proscenumsl. 1.75, Orch.-Loge
Parkettloge 1.25, Fremdenloge 1
Seitenloge 75 Pf., 1. Parkett 1
2. Park. 75 Pf., Balk. u. Sitzpart. 50
Gastspiel des
Fritz-Steidl-Ensemble
mit P. Linckes Sensationsso
Halloh
Die große Revue
Sensationeller, durchschlagender Erfolg!
Vorverkauf täglich in den bekan Stellen bei **Nagel,** Markt 14, **Roß,** Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheate
Donnerstag, 30. März. 7½
Voll-Abonn. 167. Donnerst.-Ab.
3. Vorstell. im Mozart-Zykl
Erhöhte Preise!
Letztes Gastsp. des Kammersäng
Paul Knüpfer
von der Kgl. Hofoper in Berl
Die Entführung aus dem Ser
Oper von W. A. Mozart.
Freitag, 31. März. 7½
Uraufführung!
HANS.
Von Benno Diederich.
Hierauf: **Thalea Bronkem**
Schauspiel von Wiegand.
Sonnabend, 1. April. 7½
Gewöhnliche Schauspielpreis
Einmaliges Gastspiel von
Franziska Ellmenrei
v. Deutschen Schauspielh. in Hamb
Maria Stuart.
Königin Elisabeth — —
— — Frau Ellmenreich a. G

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 75. Mittwoch, den 29. März 1911. 18. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten

Berlin, den 28 März 1911.

157. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Breitenbach, Wermut.

Ein Nachtragsetat für die Schutzgebiete für 1910 wird in zweiter und hierauf in dritter Lesung angenommen.

Es folgt der Etat der

Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Will (Els.) wünscht, daß die Eisenbahnverwaltung in eine gründliche Prüfung der Löhne der Arbeiter bei den Reichseisenbahnen eintrete. Die Löhne sind z. B. bei den Rottenarbeitern viel zu niedrig. Viele Mißhelligkeiten bestehen auch beim Aufrücken in den Löhnen. Die Arbeitszeit geht stellenweise bis zu 14 Stunden. Darunter leidet die Betriebssicherheit.

Boehle (SD.): Trotz des ausgedehnten Eisenbahnnetzes fehlt es in Elsaß-Lothringen noch vielfach an den nötigen Verbindungen. So wäre sehr wünschenswert eine Verbindung Straßburg-Basel über Neubreisach und St. Ludwig. 50 Ortschaften haben an einer solchen Strecke ein Interesse. Sehr mangelhaft ist die Beleuchtung auf kleinen Bahnhöfen, auf denen vielfach noch Petroleum gebrannt wird. Beim Sonntags-Verkehr werden vielfach Reisende mit Billetts dritter Klasse gezwungen, in Wagen vierter Klasse einzusteigen und die Reisenden vierter Klasse müssen mit Viehwagen vorliebnehmen. Allerdings hat der Chef der Reichseisenbahnen in der Kommission Abhilfe zugesagt. Die Generaldirektion schien bisher zu denken, die Reisenden könnten froh sein, wenn sie überhaupt befördert werden. In Hagenau wurden eines Tages

in Rücksicht auf ein Offiziersfestmahl die Wartesäle 1. und 2. Klasse für das Publikum gesperrt.

Die Vorsichtsmaßregeln für die Streckenarbeiter lassen zu wünschen übrig. Neulich erst sind

zwei Arbeiter zu Tode gekommen

weil keine Posten aufgestellt waren, welche vor Herannahen der Züge warnten. Die Lohnverhältnisse lassen sehr zu wünschen übrig. Durch Herabsetzung der Akkordsätze sucht die Verwaltung die Erhöhung der Zeitlöhne wieder einzubringen, an der übrigens verschiedene Arbeiterkategorien keinen Anteil haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenig sparsam wird mit dem Material gewirtschaftet, ganz neue Eisenteile werden zum alten Eisen geworfen. Die Verwaltung hat die

Ausfüllung von Fragebogen verboten,

durch die Material zu Petitionen an den Reichstag geschaffen werden sollte. Dagegen verteilen die Beamten unter den Arbeitern Traktätchen. Zu der Zuschußkasse müssen die Arbeiter die Hälfte der Beiträge zahlen, werden sie aber nach zehn- bis zwölfjähriger Dienstzeit entlassen, so haben sie keinen Anspruch auf Pension, auch nicht einmal auf Zurückbezahlung eines Teiles der eingezahlten Beiträge. Besonders schlecht sind die Verhältnisse der Güterbodenarbeiter in Straßburg. Dort ist das Akkordsystem umgewandelt in ein Prämiensystem. Bei 12—13stündigem Nachtdienst und 30 Überstunden haben Arbeiter 128 Mk. verdient, in stillen Monaten 83—120 Mk. Die Arbeiter haben Einführung der 9stündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Tagelohnes auf 4.20 Mk. verlangt; das ist abgelehnt worden. In einer Petition wird von diesen Arbeitern ein Anfangslohn von 3.20 Mk. verlangt, und 4.20 Mk. als Endlohn. Das ist doch wirklich eine sehr bescheidene Forderung. Ganz ungehörig ist es, wenn bei Verhängung einer Ordnungsstrafe außerdem auch noch der Urlaub für die ersten drei Jahre entzogen wird. — Wenn Arbeiter in Krankheitsfällen in der Familie nach Hause reisen müssen, sollten ihnen Freifahrtsscheine gewährt werden. Sehr geklagt wird von den Güterbodenarbeitern über die zu kleinen und zu dunkeln Unterkunftsräume. Auch der Wunsch auf verschließbare Wandschränke für die Kleider ist ihnen abgelehnt worden. In Privatbetrieben bestehen vielfach solche Einrichtungen. Auch die dreitägige Karenzzeit bei Krankheitsfällen sollte abgeschafft werden. Kommen die Arbeiter dadurch in Not und reichen ein Unterstützungsgesuch ein, so dauert es oft wochenlang, ehe sie überhaupt Bescheid erhalten. Besonders klagen die Arbeiter weiter über schlechte Behandlung durch einen Obmann, der als Unteroffizier in Rastatt wegen Soldatenmißhandlung mehrere Monate Gefängnis abgesessen haben soll. (Hört, hört! b. d. Soz.) Durch eine Verfügung wurden die Arbeiter von der Lektüre des Fachorgans „Der Eisenbahner" und sozialdemokratischer Zeitungen gewarnt und mit Entlassung bedroht, falls sie es doch täten. Dabei bemerkte der betreffende Obmann, wegen Diebstahls würde keine Entlassung erfolgen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das kommt jedenfalls daher, weil die Arbeiter den Schaden, der dadurch entsteht, selbst tragen müssen. Auf der anderen Seite hat die Verwaltung Geld übrig.

Sudelschriften des Reichslügenverbandes

gegen die Sozialdemokratie unter den Arbeitern zu verbreiten.

Vizepräsident Dr. Schulz rügt den Ausdruck: Sudelschriften des Reichsverbandes.

Böhle (SD.) [fortfahrend]: Man sagt, die Löhne gehen nicht unter die ortsüblichen Tagelöhne herunter. Aber auf deren Festsetzung übt die Reichseisenbahnverwaltung selbst einen Einfluß aus. 352 der Arbeiter haben noch 2,40 Mk. bis 3 Mk. Tagelohn. Wie soll ein Arbeiter mit einem solchen Lohn auskommen? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Diese Löhne bleiben weit hinter den Löhnen in Privatbetrieben zurück, während die Eisenbahnverwaltung doch als Musterbetrieb vorangehen sollte. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der gewaltige Lohn von 3,90 Mk. wird von den Wagenputzern erst nach 15 Dienstjahren erreicht, die Rottenarbeiter erhalten nach 15 Jahren sogar erst 3,50 Mark. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Werkstättenarbeiter haben im vorigen Jahre ein Gesamteinkommen von 1221 Mark gehabt, die Rottenarbeiter gar nur 874 Mk. Dabei betrug die Durchschnittszahl der Familien 5 Köpfe. Alles dieses ist in einer Petition der Arbeiter festgestellt, die die Reichseisenbahnverwaltung eingehend studieren sollte. Über die Petition der Beamten schlägt die Kommission vor, zur Tagesordnung überzugehen, das halten wir nicht für richtig, denn besonders die unteren Beamten sind bei der Besoldungsreform sehr schlecht weggekommen. Wir beantragen diese Petitionen der Regierung als Material und die Petition der Arbeiter der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. (Bravo! b. d. Soz.)

Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen von Breitenbach: Wenn die Verhältnisse der Arbeiter wirklich so schlecht wären, wäre es nicht zu verstehen, daß wir ständig auch bei steigender Konjunktur ein so großes Angebot von Arbeitern bei den Reichseisenbahnen haben. In der Tat hat sich die Verwaltung immer den Verhältnissen des Marktes angepaßt, und es sind ständig recht erhebliche Lohnerhöhungen erfolgt. Ich kann auch für die Zukunft erklären, daß bei steigender Konjunktur die Verwaltung den Lohnmarkt kontrollieren und, soweit erforderlich, Lohnaufbesserungen eintreten lassen wird. Gegen 1906 sind die Personalausgaben um 25 Proz. gestiegen, die Verkehrseinnahmen nur um 9 Proz. Das nötigt uns, wirtschaftlich zu verwalten und dazu gehört auch die Ausnutzung aller technischen Errungenschaften. Die durchschnittliche tägliche Dauer der Dienstschicht ist ständig zurückgegangen. Auf Überlastung des Personals sind bei uns Eisenbahnunfälle nie zurückzuführen gewesen. — Die Frage einer Parallelbahn zur Hauptstrecke Straßburg-Basel ist von uns nie aus dem Auge verloren; die Kosten aber sind sehr hoch, sodaß in den allernächsten Jahren der Bau nicht zu erwarten ist. Die Benutzung von Güterwagen für Reisende 4. Klasse kommt leider noch ab und zu vor, das wird bei Vermehrung des Wagenparks hoffentlich bald aufhören. — In bezug auf den Unfall der Streckenarbeiter, den Herr Boehle erwähnte, muß ich leider feststellen, daß in dem Falle der Vorarbeiter leider die Ausstellung von Posten, entgegen der Weisung unterlassen hatte. — Daß die Aufbesserung der Löhne im vorigen Jahre durch Herabsetzung der Akkordsätze wieder eingebracht sei, ist nicht richtig. Zum überwiegenden Teil sind gerade Akkordarbeiter an der Lohnaufbesserung beteiligt. — Die drei Tage Karenzzeit bei der Eisenbahnbetriebskasse können nicht beseitigt werden. Die Kasse hatte sie früher nicht, kam aber dadurch an den Rand des Bankerotts. Der ortsübliche Tagelohn wird ganz unabhängig von dem Willen des Präsidenten der Generaldirektion festgesetzt. Die Verteilung von Schriften des Reichsverbandes unter die Eisenbahnarbeiter kann ich als unangemessen nicht bezeichnen.

Wetzel (NL.) freut sich über das Zustandekommen der Wagengemeinschaft und beschwert sich über die Umleitungen beim Güterverkehr, durch die Württemberg geschädigt werde und die nicht dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches entsprächen. Ferner klagt Redner darüber, daß der Appell, den er im vorigen Jahre an den Hansabund gerichtet habe, eine großzügige Agitation für eine allgemeine Reichsbetriebsmittelgemeinschaft zu entfalten, ungehört verklungen sei.

Carstens (Fortschr. Vpt.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sehr wahr! links). Und wie steht es mit der Pressezensur auf den Bahnhöfen? Wir haben selbstredend nichts gegen den Ausschluß der Schundliteratur. Aber was heißt „staatsfeindlich" und was heißt „unsittlich"? Fürst Bülow war der Ansicht, daß die Mehrheit, die die Erbschaftssteuer verwarf, staatsfeindlich gehandelt hat. Soll deshalb die Presse des schwarzblauen Blocks von den Bahnhöfen ausgeschlossen werden? (Heiterk. und Sehr gut! links). Und was den „Simplicissimus" betrifft, so ist scharfe Satire jedenfalls besser als die Gemeinheiten einer gewissen Sorte Revolverpresse. (Lebh. Zustimmung links.) — Die Arbeiterverhältnisse haben sich, wie ich gegenüber dem Kollegen Böhle hervorheben möchte, gebessert; aber sie sind weit davon entfernt, ideal zu sein. Wenn mir ein Eisenbahnarbeiter schreibt, daß er für 12 Arbeitsstunden einen Tagelohn von 2,20 Mk. bezieht. (Hört! Hört! b. d. Soz.) so sieht man, wieviel mehr geschehen muß, damit von befriedigenden Zuständen gesprochen werden kann. (Sehr richtig! links.) Es ist bedauerlich, daß die Eisenbahnverwaltung der Durchführung des Neunstundentages in den Eisenbahnbetriebswerkstätten so ablehnend gegenübersteht. — Für die Arbeiterwohnungen sollten größere Mittel in den Etat eingestellt werden. — Da den Eisenbahnarbeitern kein Streikrecht zugesprochen werden kann, muß umsomehr für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Löhne gesorgt werden. (Beif. links.)

Chef der Reichseisenbahnen v. Breitenbach verweist gegenüber dem Abgeordneten Wetzel auf die fortschreitende Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens. — Eine Reform der Fahrkartensteuer ist allerdings erwünscht; ein Gesetzentwurf, der die auf diesem Gebiete zutage getretenen Mißstände beseitigt, dürfte dem Hause in der nächsten Session zugehen. — Auf die Bestimmungen betr. den Verkauf von Zeitungen und Zeitschriften auf den Bahnhöfen, hat die Reichseisenbahnverwaltung keinen Einfluß, sondern das ist Sache der allgemeinen Landesverwaltung. Ich bin völlig mit dem Abg. Carstens darin einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter das Koalitionsrecht, aber nicht das Streikrecht besitzen dürfen.

Behrens (Wirtsch. Vgg.): Auch ich bin gleich dem Minister und dem Abg. Carstens der Ansicht, daß die Koalitionsfreiheit der Eisenbahnarbeiter nicht auch das Streikrecht einschließt. Ich denke, die weitaus überwiegende Mehrheit dieses Hauses ist derselben Ansicht. — In bezug auf die Lohnverhältnisse sind Fortschritte zu verzeichnen, doch bleibt noch manches zu tun übrig. Vielleicht würde es sich empfehlen, daß der Minister aus Vertrauensmännern der Arbeiterausschüsse eine Art Zentralrat bilden möchte. Er hätte

---

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(18. Fortsetzung.)

Dreizehntes Kapitel.

Seit länger als acht Tagen hauste Theodor nun in Liebenau. Seine Equipage hatte der gefällige Vater ihm hinausgesandt, aber wahrscheinlich auch gemessene Verhaltungsmaßregeln für das Benehmen gegen den Baron und dessen Familie. Denn seit Christians Rückkehr und seitdem er den Brief gelesen, welchen dieser Vertraute des Stalles und der Küche ihm mitgebracht, benahm er sich noch artiger, noch verbindlicher und — noch schweigsamer als vorher. Tagtäglich ritt oder fuhr er mit Onkel Nasus in Feld und Wald; fortdauernd zeichnete er Ottilien durch gewisse nichtssagende, kalte Phrasen von ihren Schwestern aus. Doch nicht minder tagtäglich und fortdauernd zog er sich so früh als nur möglich aus der Gesellschaft in seine Gemächer zurück, und von Bewerbungen um die Hand der jungen Baronesse hätte auch das Ohr einer Spitzmaus nichts vernehmen können. Freilich war das ganze Bürschchen erst achtzehn Jahre alt, kam soeben erst aus der hohen Schule, um in eine höhere, Universität genannt, zu treten. Aber, wie Onkel Nasus ganz richtig bemerkte: „Er ist so reif, so fertig, so weise, so altklug, daß er zu jeder Stunde vor den Altar marschieren könnte; und," fügte Onkel Nasus hinzu, „er muß, ja er muß sich erklären. Wenigstens der Brautstand soll sicher sein. Mag er dann ein Jahr hindurch, der Form wegen, noch Student heißen oder Bursche, wie sie's nennen. Ich bewirtschafte so lange noch Liebenau, lichte den Wald, wo er zu dick steht und wo man ihn vor lauter Bäumen nicht sieht, bringe mich in Nummer Sicher, — und dann übergebe ich ihm mit meiner Jüngsten zugleich die Herrschaft. Er mag neu pflanzen; er ist jung, er hat Aussicht zu erleben, wie seine Anlagen heranwachsen! Aber ohne Verlobung kommt er mir nicht aus dem Schlosse, und wenn er Ochsen verspannte!"

Vergebens wendete der alte Herr sich bittend und fragend an Tieletunke. Diese wies jede Andeutung auf ein Verständnis mit ihrem jungen Gaste entschieden zurück. Sie versicherte dem Vater, daß sie sich gegenseitig vollkommen gleichgültig wären.

Der Alte geriet in Wut: „Es ist mir ebenfalls gleichgültig, ob Ihr zwei Euch gleichgültig seid. Aber Verlobung will ich haben, Braut sollst Du werden, ehe der verfluchte Tütendreher mit der Hypothek aufkündigt, denn sobald dies geschieht, bin ich ein Bettler, meine Töchter müssen nackt und bloß aus ihrer Väter Burg ziehen und nehmen nicht einen silbernen Löffel mit, auf dem unser reichsfreiherrliches Wappen eingegraben steht. Folglich muß geheiratet werden, Tiele, es muß! Du darfst ihn nicht mehr locker lassen. Wirf Dich ins Zeug und mache ein Ende."

Sie schwieg — und ging, was er sich für verschämten, kindlichen Gehorsam auslegte.

Der böse Geist trieb sein Spiel, mengte sich in dieses Mißverständnis und richtete seine Sachen so schlau ein, daß am Abend desselben Tages, wo der Baron jene eindringliche Rede gehalten, ihm durch den Gärtner, einem geschwätzigen, dummen Menschen, Nachricht zukam über nächtliche Besuche, welche der verehrte jugendliche Gast bei sich empfange. Zuerst, versicherte der Gärtner, pflege sich die hintere Haustür zu öffnen, zu welcher Christian sich einen Schlüssel ausgeliehen, weil er öfters bei Nacht im Stall Geschäfte haben wolle. Dann trete der Fremde heraus und treibe sich im Garten umher. Doch müsse ein Frauenzimmer aus dem Schlosse ihm heimlich nachfolgen, denn man hätte in den Gebüschen lebhaft reden hören. Und dann gingen beide wieder ins Schloß zurück. Und dann hätte er, der Gärtner, in des Fremden Zimmer durch die Vorhänge hindurch noch lange Licht gesehen. Folglich . . . .

Der dumme Gärtner war nicht wenig erstaunt, statt des Donnerwetters, auf dessen Ausbruch er gerechnet, in des Herrn blaurotem Angesicht heiteren Sonnenschein wahrzunehmen. Jetzt schien dem Vielerfahrenen alles deutlich: „Sie wollen mich zum besten haben! Sie lieben sich wie toll und rasend, und ich soll's nicht merken! Das Geheimnis reizt sie! Gut, desto besser! Macht, was euch gefällt! Je weiter ihr geht, desto sicherer gelange ich an mein Ziel. Noch diese Nacht bringe ich die ganze Geschichte in Ordnung!"

Dem dummen Gärtner wurde der Befehl, sich ruhig zu verhalten, sich auf keine Weise bemerkbar zu machen, nichts zu stören, sondern nur aufzupassen, bis er glaube, daß die Vögel im Nest wären und dann den Baron zu holen. Auch dumme Menschen, die dümmmsten oft am schlausten, gehen gern und geschickt auf derlei schlechte Kniffe ein. Der Gärtner machte seiner Dummheit Ehre, begriff den Sinn des Befehles, wie ein Kluger ihn vielleicht kaum begriffen hätte, und führte ihn so gründlich aus, daß er Schlag ein Uhr an des Barons Schlafzimmer pochte mit der Meldung: Die Fräulein sei wieder beim Stadtherren drin!

Es war ein ziemlich langer Weg von einem Ende des weitläuftigen, halb zerfallenen Gebäudes bis zum anderen. Onkel Nasus, in einen brokatenen, verschossenen Schlafrock gehüllt, doch mit Reiterstiefeln, woran die Sporen klirrten, gerüstet, in der Linken eine Kerze auf silbernem Leuchter, in der Rechten sein Schwert führend, schritt voran. Ihm folgten der Gärtner, der Leibjäger, der Koch, — denn er brauchte Zeugen!

Vor Theodors Stubentür angelangt, reichte er seinem Büchsenspanner den Leuchter hin und pochte sodann mit der linken Faust dreimal gewaltig an das morsche Getäfel, daß es schier aus seinen Fugen gewichen wäre.

„Zum Teufel, was gibt's?" erschallte Theodors Ruf von innen, „bist Du es, Christian? Brennt die alte Räuberhöhle? Was willst Du?"

„Ich bin es, Herr Theodor van der Helfft, ich, Freiherr von Kannabich", nahm Nasus das Wort, — „der seine Tochter sucht. Öffnen Sie gutwillig, oder ich sehe mich genötigt, durch mein Gefolge die Tür sprengen zu lassen."

Gärtner, Koch und Jäger stießen allerlei dumpfes Gemurmel aus, um anzudeuten, daß Gefolge wirklich vorhanden sei.

Drinnen herrschte tiefe Stille, die nur augenblicklich durch mühsam zurückgehaltenes weibliches Gekicher unterbrochen wurde. Dann wieder ließ Theodor sich vernehmen: „Ich öffne, sobald ich meinen Schlafrock angelegt."

„Wir siegen", murmelte Nasus; jetzt bleibt ihm nichts übrig, als mich zu seinem Schwiegervater zu ernennen!"

Die Tür ging auf. Der Baron drang hinein, seine Diener blieben im Eingang, denselben durch ihre Personen fest verrammelnd.

Theodor trat dem Baron entgegen; er war gleichfalls in einen Schlafrock gehüllt, in ein Prachtgewand von grüner Seide mit bunten Blumen durchwebt. Die beiden Schlafröcke standen einander wie dem schmutzigen, grauen November blühender Mai.

„Wo ist mein Kind, Herr van der Helfft? Wo ist Ottilie?" So schnaubte, sich zornig stellend, der im innersten überglückliche Vater den hochmütigen Jüngling an.

Dieser erwiderte mit der Grazie beleidigter Unschuld: „Wie ich hoffe, zu dieser Stunde in ihrem jungfräulichen Bett, Herr Baron. Es sollte mir leid tun um Sie, wie um Ihr Fräulein, wenn sie ohne des Vaters Vorwissen sich wo anders befände."

„Sehen Sie dies selbst ein, unwiderstehlicher Verführer? Dann geben Sie uns Genugtuung: Erklären Sie meine Tochter Ottilie in Gegenwart dieser drei Zeugen — (zwischen den Türpfosten regte es sich, und die Angerufenen stießen Töne aus) — für Ihre verlobte Braut! Sonst bekommt mein treues Schwert zu tun."

dann eine Körperschaft, in der mehr Sachverständnis und sicher auch mehr Aufmerksamkeit für diese Fragen herrschen würde, als hier im schlechtbesuchten Reichstage. Überhaupt legt die nationale Arbeiterschaft einen großen Wert auf den Ausbau der Arbeiterausschüsse. Wie wäre es mit Oberausschüssen, etwa für die Direktionsbezirke, als Ersatz für die Arbeitskammern? — Redner regt eine Statistik über die Arbeiterausschüsse bei den Reichseisenbahnen an und bittet den Minister, wohlwollend zu erwägen, ob nicht den Arbeitern nach einer bestimmten Dienstzeit die Beamten-Eigenschaft verliehen werden könne. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bahnhofswirtschaften lassen außerordentlich zu wünschen übrig.

Chef der Reichseisenbahnen v. Breitenbach sagt zu, die Wünsche der Vorredner nach Möglichkeit zu erfüllen. Arbeiterausschüsse werden überall errichtet, wo sich ihre Errichtung irgendwie als möglich und zweckmäßig erweist.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Bei Kapitel „Besoldungen" weist

Emmel darauf hin, daß für die Unterbeamten nicht genügend gesorgt sei. Das beweist die große Anzahl von Petitionen dieser Unterbeamten. Wir können, wie gesagt, dem Antrag der Budgetkommission auf Übergang zur Tagesordnung über diese Petitionen nicht zustimmen, sondern beantragen, sie der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Besondere Berücksichtigung verdienen auch die Altpensionäre, sie sollten mit den später pensionierten Beamten gleichgestellt werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Hormann (FVpt.) tritt für Herabsetzung der Dienstzeit der Lokomotivführer ein. Unter ihrer Überbürdung leidet die Betriebssicherheit am meisten. Der Gesundheitszustand dieser Lokomotivführer ist nach der Statistik ein erschreckender; ihr durchschnittliches Lebensalter beträgt 45 Jahre, nach einer anderen Statistik 38 Jahre. (Hört, hört! links.)

Minister v. Breitenbach: Nach unserer Statistik haben nur vier Zehntel des Betriebspersonals über zehn Stunden Dienst. Auch die Zahlen über das durchschnittliche Lebensalter der Lokomotivführer kann ich ohne Prüfung nicht als zutreffend anerkennen.

Es folgt der Titel „Löhne der Arbeiter".

Emmel (SD.): Das Streikrecht steht den Eisenbahnarbeitern ebenso gut zu wie allen anderen. Niemand kann ihnen das Recht nehmen, nicht zur Arbeit zu gehen, und sich unwohl zu fühlen. Wenn sie von diesem Recht Gebrauch machen, so kommt das auf genau dasselbe heraus, als wenn sie das Streikrecht haben. Wir müssen protestieren dagegen, daß man den Eisenbahnarbeitern dies Recht wegdiskutieren will, wie das die Herren Behrens und Carstens getan haben. Sie haben damit den Minister der Notwendigkeit enthoben, gegen das Streikrecht der Eisenbahner aufzutreten, wie er es früher immer für nötig hielt. Auch von ganz neutralen Vereinen der Eisenbahnarbeiter verlangt man Einreichung der Tagesordnung und läßt ihre

Vereinssitzungen dazu von höheren Beamten bespitzeln.

Zu einer Delegiertenversammlung wollten gleich vier Beamte Zutritt haben, sie wurden aber nicht zugelassen. Beamte, die sich zu solchen Spitzeldiensten hergeben, sind nicht die besten. Die Arbeiter fühlen sich in ihren Staatsbürgerrechten beeinträchtigt, wenn man sie in dieser Weise bespitzelt, auch wird das Vertrauen der Arbeiter zu den Beamten dadurch nicht gehoben. Das ganze System der Bespitzelung der Arbeiter ist verwerflich. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aus den Ausführungen des Herrn Behrens muß ich schließen, daß seine Freunde bereit sind, die Eisenbahnarbeiter aus dem Arbeitskammergesetz auszuschalten. Er sollte sich darüber deutlicher aussprechen. Die Rede des Herrn Carstens war eine Art Echternacher-Springprozession. (Sehr gut! b. d. Soz.) Daß die Verwaltung an der Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne in der Tat beteiligt ist, geht aus einer Veröffentlichung des Bezirks-Präsidenten des Unterelsaß von 1909 hervor, wonach die Regelung der ortsüblichen Tagelöhne in „Übereinstimmung mit den Intentionen der Reichsregierung" erst nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung erfolgen könne. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Reichseisenbahnverwaltung ist doch auch ein Teil der Reichsverwaltung. Wie in der Kommission, verwies der Minister auch hier wieder auf den großen Andrang von Arbeitern zur Eisenbahn. Aber es fragt sich noch, ob dieser Andrang ebenso groß ist, wie bei anderen Berufen. Und wenn das auch der Fall wäre, so wäre es ja verständlich, daß die Arbeiter für die größere Sicherheit des Arbeitsverdienstes geringe Löhne in Kauf nehmen, aber eine Musteranstalt dürfte doch diese Notlage der Arbeiter nicht ausnützen, um die Löhne herabzudrücken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß die Durchschnittslöhne in den letzten Jahren gestiegen sind, beweist nichts, da die Preise der Lebensbedürfnisse mindestens in demselben Prozentsatz gestiegen sind. Ein erfreulicher Erfolg der Debatte ist es, daß der Minister sich hier nicht mehr wie in der Kommission scharf gegen jede Lohnerhöhung in Zukunft ausgesprochen hat. Ich erwarte aber, daß die Parteien, die das Ungenügende der jetzigen Löhne anerkannt haben, dann auch für unseren Antrag stimmen werden, die betreffenden Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. — Der Herr Minister hat dann eine Lektüre sozialdemokratischer Zeitungen als unangemessen für die Arbeiter hingestellt.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Das hat mit dem Titel „Bezüge und Löhne" nichts zu tun.

Emmel: Die Arbeiter beschaffen sich doch mit ihren Löhnen die Lektüre. (Gr. Heiterkeit.)

Präsident Graf Schwerin: Der Zusammenhang ist aber doch zu böse.

Emmel: Dann will ich nur die Erwartung aussprechen, daß der Minister seine Mißbilligung über das Verhalten des Beamten ausspricht, der einen Diebstahl milder beurteilte, als Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung. Diese Äußerung ist so unerhört, daß ich nicht annehmen kann, daß der Minister damit einverstanden ist. (Bravo! bei den Soz.)

Hauß (Z.) wünscht eine Revision der Lohnverhältnisse der Rottenarbeiter.

Behrens (Wirtsch. Vg.): Die Hereinbeziehung der Eisenbahner in die Arbeitskammern wird nicht durchführbar sein, da die Regierung sie absolut ablehnt. Unter diesen Umständen habe ich mich für eine Zentralisation der Arbeiterausschüsse ausgesprochen. — Das Streikrecht hat für die Eisenbahner keinen praktischen Wert, ja es kann zu einer Gefahr für sie werden. Erscheinungen, wie bei dem Eisenbahnerstreik in Frankreich liegen nicht im Interesse der Volkswirtschaft, des Staates und auch nicht der Arbeiter. Das Wort „Generalstreik ist Generalunsinn" stammt übrigens aus dem Wortschatz der sozialdemokratischen Bewegung. (Hört, hört! rechts.)

Minister v. Breitenbach: Herrn Emmel fehlt das Verständnis dafür, daß zwischen der Verwaltung und den Arbeitern ein Vertrauensverhältnis bestehen muß. Daher ist es notwendig, daß die Verwaltung informiert wird, wenn die Arbeiter sich in Versammlungen zusammenfinden. Der überwiegende Teil der Arbeiter hat dafür auch volles Verständnis. Entschieden protestiere ich dagegen, daß die Beamten, die in dieser Weise ihre Pflicht erfüllen, als Spitzel bezeichnet werden. (Bravo! rechts.) Die Äußerung des Beamten, der Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung und Diebstahl in Verbindung brachte, habe ich bereits gemißbilligt.

Carstens (Vpt.) schließt sich in der Frage des Streikrechts der Eisenbahner dem Abgeordneten Behrens an. Die Majorität der Eisenbahnarbeiter ist gegen ein Streikrecht.

Emmel (SD.): Abg. Behrens huldigt der sonderbaren Ansicht, daß wegen des französischen Eisenbahnerstreiks den deutschen Eisenbahnarbeitern das Streikrecht genommen werden müsse. Es gibt gar kein besonderes Streikrecht; das, was man so nennt, ist nur eine Konsequenz des allgemeinen Koalitionsrechts. Derselben irreführenden Verwechselung huldigt der Abg. Carstens. Die deutschen Eisenbahnarbeiter haben dasselbe Recht, wie die anderen Arbeiter, auf volle und unumschränkte Koalitionsfreiheit. — Der Minister sprach in hohen Tönen von dem gegenseitigen Vertrauen, das zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern bestehe. Wenn dem so ist, warum denn diese Überwachung, diese Bespitzelung der Arbeiterversammlungen? Wenn man glaubt, mit solchen kleinlichen Maßnahmen die Sozialdemokraten aus den Eisenbahnwerkstätten fern zu halten, so irrt man sich. Und wenn der Minister sich über den Ausdruck „Spitzel" beklagt, so erwidere ich: so lange sich Leute finden, die sich zu Spitzeldiensten hergeben, so lange müssen sie sich auch gefallen lassen, als Spitzel bezeichnet zu werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir Sozialdemokraten werden uns jedenfalls das Recht nicht nehmen lassen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Der Minister aber täte gut, mit dieses System der moralischen Korruption zu brechen. (Bravo b. d. Soz.)

Werner (Ant.) bittet um Besserstellung verschiedener Beamtenkategorien, besonders der Beamten in den Abfertigungsämtern.

Der Rest des

ordentlichen Etats

der Reichseisenbahnen wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Beim

außerordentlichen Etat

wünscht Göring (Zentr.) Verbesserung der Bahnverbindungen zwischen dem Reichsland und der bayerischen Pfalz.

Minister v. Breitenbach erklärt, daß bereits mehrere Linien projektiert seien, durch die die Verbindung zwischen der Pfalz und Elsaß-Lothringen eine geradezu vorzügliche werden würde.

Hauß (Zentr.) führt Klage darüber, daß bisweilen Wagen 4. Klasse einfach dadurch in Wagen 3. Klasse verwandelt werden, daß man Schilder mit entsprechender Aufschrift anbringt.

Dr. Spahn jun., Warburg (Z.) wünscht Änderungen im Gütertarif. Es liegt in der Hand der Reichseisenbahnverwaltung, durch geeignete Maßnahmen Straßburg die kommerzielle Hegemonie zuzuwenden, die jetzt Mannheim besitzt. Es muß ein frischerer Zug in die Verwaltung der Reichseisenbahnen kommen.

Minister v. Breitenbach erklärt, daß er sein möglichstes tun werde, um die Interessen Straßburgs zu fördern.

Gothein (Fortschr. Vpt.) wirft dem Abg. Spahn partikularistischen Egoismus vor. Es ist doch nicht die Aufgabe einer Reichsverwaltung, Mannheim zu beeinträchtigen.

Birkenmayer (Ztr.) nimmt gegen seinen Fraktionsgenossen Spahn sein badisches Vaterland in den Schutz, das die besten Bahnen habe.

Dr. Spahn-Marburg (Ztr.) erkennt diesen Vorzug gleichfalls an.

Damit ist der Etat erledigt.

Es folgen die Petitionen.

Einige Petitionen der Eisenbahnarbeiter werden unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags auf Überweisung zur Berücksichtigung zur Erwägung überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr (Reichseisenbahnamt, Reichstag, Reichsschatzamt usw.).

Schluß 7¾ Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 28. März 1911.

Der Wortführer Dimpker eröffnet die Sitzung 6 Uhr 40 Min.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des

Voranschlags über die Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1911.

Der Wortführer bittet die Mitglieder, etwas pünktlicher zu erscheinen; es sei eine Unhöflichkeit gegenüber den andern Mitgliedern, sie so lange warten zu lassen.

Rosenquist kommt auf die gestrige Jugendorganisationsdebatte zu sprechen und weist die Ausführungen Stellings zurück; der betreffende Lehrling sei tatsächlich Mitglied der Organisation gewesen, wie aus einer Annonce im „Volksboten" hervorgehe.

Bürgerschaft.

Löwigt: Ich habe zwei Wünsche vorzubringen, die sich erfüllen den in Betracht kommenden Stellen leicht ist. Zunächst möchte ich ersuchen, den Bürgerschaftsmitgliedern am Schlusse des Jahres die Drucksachen gebunden zuzustellen. In einer Anzahl von Parlamenten ist dies Brauch; es könnte deshalb auch in Lübeck geschehen. Manches Mitglied ist dadurch besser in der Lage, nachzusehen, was früher gesprochen und verhandelt wurde. Jetzt sind die Vorlagen verzettelt und schlecht zusammenzusuchen; sind sie gebunden, wird ein die Sache leichter gemacht. Die stenographischen Berichte gehen den Mitgliedern ja zu, sie sind aber schon durch Art der Verpackung beschädigt, die Marke ist halb auf das Streifband und zur andern Hälfte auf der Drucksache festigt. Besser und angenehmer ist es also, wenn sie gebunden werden, die Kosten können nicht erheblich sein. Exemplare mehr zu drucken, kann nicht viel ausmachen. Ich bitte den Senat, meiner Anrege, die meine Kollegen unterstützen, Folge zu geben. Der zweite Wunsch ist der, den Bürgerschaftsmitgliedern eine Legitimationskarte auszustellen. Verschiedene Kollegen von mir sind in Berlin gewesen und wollten den Reichstag besuchen. Dort ist bekanntlich für Mitglieder der Einzellandtage eine Loge reserviert, die dann ohne weiteres in Anspruch nehmen können. Die Mitglieder anderer Landtage sind im Besitze solcher Karten. Das kann auch in Lübeck geschehen. Auch dieser Wunsch ist bescheidener und kann leicht erfüllt werden.

Senator Dr. Fehling: Der erste Wunsch des Herrn Löwigt geht weit über das Maß hinaus, das man fordern kann; der zweite richtet sich an das Bureau der Bürgerschaft, weshalb ich mich dazu auch nicht äußern will.

Der Wortführer will für unbeschädigte Zustellung der Drucksachen Sorge tragen.

Löwigt: Die Bürgerschaft ist schon zu verschiedenen Veranstaltungen eingeladen worden. Da ist es doch besser, wenn sich die Mitglieder als solche ausweisen können. Der Senat sagt, meine erste Anrege sei kein billiger Wunsch. Die Mitglieder der Bürgerschaft machen doch alles umsonst, da können ihnen die Drucksachen schon gebunden zugehen. Geht mein Wunsch den Bürgerschaftsmitgliedern zu weit, dann bitte ich, wenigstens die stenographischen Berichte gebunden zustellen zu lassen.

Thiele findet den ersten Wunsch Löwigts auch weitgehend; die Legitimationskarten sind aber durchaus rechtigt.

Schorer: Früher wurden im Bürgerausschuß Sachen überhaupt nicht gedruckt, sie wurden nur verlesen. Redner ist gegen die Anrege Löwigts.

Lauenstein: Wer den Reichstag besuchen will, braucht sich nur an den Vertreter des Wahlkreises zu wenden. Herr Schwartz hat mir seinerzeit bereitwilligst eine Eintrittskarte verschafft.

Jenne: Jedes Mitglied kann ja die Drucksachen im Bureau einsehen, wenn er sie nicht mehr im Besitze hat.

Senator Dr. Fehling: Die Verantwortung kann der Senat nicht übernehmen, daß immer alles nochmals gedruckt wird. Der Wunsch ist zu weitgehend.

Aug. Pape: So leicht ist es nicht, in den Reichstag zu kommen; der Wunsch des Herrn Löwigt ist berechtigt. Auch das Rathaus können die Mitglieder dann ungenert besichtigen, wenn sie sich legitimieren können. Was früher Mode gewesen ist, trifft heute nicht mehr zu. Von Überlieferungen, die die alten Herren eigen sind, können die neuen Bürgerschaftsmitglieder nicht mehr leben.

„Ich verstehe Ihre Meinung, mein Herr," sagte Theodor, „und ich muß Ihnen, als Vater, vollkommen recht geben. Befände sich Ihre Tochter jetzt, nach Ablauf der Geisterstunde, bei mir in diesen mir eingeräumten Gemächern, dann bliebe Ihrem alten, unbefleckten Adel nichts übrig, als mein Herz zu durchbohren, oder mich als Sohn an Ihr Herz zu drücken. Gewiß ziehen Sie das letztere vor, und aus guten Gründen, wie ich vermute. Deshalb auch verspreche ich Ihnen feierlich, im Angesicht jener ehrenwerten Zeugen, Ihrer Tochter Ottilie meine Hand als Gatte zu reichen —"

„An diese Brust, braver Junge! Ihr habt's gehört: sie seine Braut. An meine Brust! —"

„Wofern sie sich zurzeit bei mir befindet!"

„So ist's abgemacht! Ich weiß alles. Ich verzeihe Euch, ich segne Euch. Dort im Kabinett steckt sie; wir haben sie draußen lachen hören, als sie sich versteckte. Komm heraus, Tieletunke, komm, daß Dein Vater Dich segne!"

Nasus machte Miene, ins Kabinett zu gehen. Theodor vertrat ihm den Weg. Es entspann sich eine Art von Balgerei, die anfänglich seitens des Barons den Anflug liebevoll väterlichen Scherzes trug, durch Theodors ernsten Widerstand bald eine fast bedenkliche Wendung nahm. Mit Reden und Gegenreden verstrich die Zeit. Aus heftigem Wortwechsel wurde lautes Geschrei und dies drang durch die offene Tür in die leeren, öden Gänge, erst alle Feldmäuse, endlich die Schläferinnen des Hauses aufjagend. In demselben Augenblicke, wo Nasus in höchster Wut brüllte: „Warum soll ich mein Kind nicht als Braut begrüßen? Ottilie, Dein Vater ist's, der Dich ruft!" — In demselben Augenblick machte Ottilie sich selbst Bahn durch Koch, Jäger und Gärtner, erschien im flatternden Nachtkleide hinter ihrem Vater und fragte mit dem ihr eigenen, vornehmen Wesen: „Was steht zu Befehl? Hier bin ich!"

„Sie werden sich jetzt zufriedenstellen und die Überzeugung gewinnen, Herr Baron, daß Sie mir, mehr aber noch Ihrem hochzuverehrenden Fräulein Tochter unrecht taten," hob Theodor an. „So gewiß Baronesse Ottilie aus ihrem Schlafzimmer kommt, so gewiß mir nicht die gefährliche Ehre zuteil wurde, sie in dem meinigen zu beherbergen, ebenso gewiß muß ich auf das Glück verzichten, die mir dargebotene Hand derselben —"

„Wer hat gewagt," unterbrach ihn Ottilie, vor Zorn erglühend, „wer hat gewagt, meine Hand Ihnen darzubieten? Wer überhaupt durfte über meine Hand verfügen wollen? So weit erstrecken sich eines Vaters Rechte nicht und des meinigen wahrlich am wenigsten. Ich muß bitten, meine Herren, mich und meine Person gänzlich aus Ihrem Spiele zu lassen, hören Sie wohl, aus jedem: sei es auch eines um Leben, Gut und Ehre! Denn ein solches wird, fürchte ich, hier gespielt werden. Mich überrascht nichts; ich bin jetzt auf alles gefaßt und erwarte das Schlimmste mit Ruhe."

Ehe noch der Baron auch nur einen schwachen Versuch zustande brachte, in väterlicher Autorität gegen sie aufzutreten, war Ottilie nicht mehr anwesend.

Er rang nach Fassung, nach Kraft, um wenigstens noch einen Wutausbruch versuchen zu können. Fruchtlos! Wie gelähmt sank er in den Lehnsessel vor Theodors Bett, seine Diener umstanden ihn, einen Schlagfluß vorhersehend.

Theodor rief nach Christian und befahl diesem, rasch zu packen, während er selbst sich völlig ankleide; vor Tagesanbruch noch wollten sie abreisen. Das ging mit unerhörter Eile! Bevor noch Onkel Nasus sich erholt hatte, war alles geschehen. Die Stalleute im Hofe hatten angespannt. Theodor schien nur zu warten, ob der Baron das Zimmer nicht verlassen werde. Offenbar wünschte er, dies möge geschehen, bevor kund geworden, wer im Kabinett versteckt gewesen sei. Der Baron jedoch, der, wenn auch langsam, doch nach und nach sein Bewußtsein wieder gefunden, raffte sich noch einmal empor und begehrte, auf sein Hausrecht gestützt, zu erforschen, wer das nichtswürdige Weibsbild sei, welches solche Schmach über ihn und Ottilie gebracht.

Theodor schwankte zwischen Verlegenheit und Zorn.

Da tat sich die Tapetentür auf, und heraus trat — (in Theodors Kleidern begreiflicherweise!) — der schmuckste Bursch, den ein Mensch jemals gesehen. In diesem Anblick gewann der junge von der Helfft sogleich wieder die volle Zuversicht des Weltmännchens: „Endlich, Vetter!" rief er dem Eintretenden entgegen, „Du hast lange gebraucht, bis Du Toilette gemacht! Nun laß uns aber nicht zögern, diesem ungastlichen Hause den Rücken zu wenden. Wenn wir es wieder betreten, sollen andere Sitten hier herrschen; dafür will ich gut sagen."

Die beiden Stutzer umschlangen sich zärtlich und gingen triumphierend davon. Bald nachher hörte man ihren Wagen aus dem Hofraume rollen.

Onkel Nasus saß wieder im breiten Lehnsessel, tiefer noch daniedergeschmettert, als beim ersten Anfall. Seine Getreuen hatten viel zu tun, ihn auf die knickenden Beine zu bringen. Und als es endlich gelang, schien er die Sprache völlig verloren zu haben. Nur unartikulierte, abgerissene Silben stotterte der alte Herr mühselig hervor, aus denen sich der Jäger nach langem Studium zuletzt jene früher schon vernommenen, ihm auch jetzt noch unerklärbaren Worte: „Brauner Racker!" zusammen buchstabierte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Wortführer erklärt im Einverständnis der Bürgerschaftsmitglieder, Legitimationskarten ausstellen zu lassen.

Amtsgericht.

Es liegt ein Abänderungsantrag des Senats betr. die Anstellung eines Amtsrichters vor, den

Senator Dr. Fehling angenommen wünscht.

Dr. Ihde bittet die Vorlage betreffs Anstellung eines neuen Amtsrichters bald an die Bürgerschaft zu bringen. Es fehlen viele Beamte durch Krankheit, die den Geschäftsbetrieb am Amtsgericht ungünstig beeinflussen. Die Ausfertigung der Urteile leidet sehr unter den jetzigen Verhältnissen.

Senater Dr. Fehling sagt die baldige Erledigung zu.

Dr. E. Meyer: Der Zustand des Hilfsrichtertums darf nicht weiter einreißen. Das Schreibwesen ist vermehrt worden durch den Übergang vom Parteibetrieb zum Offizialbetrieb. Wird die Summe abgelehnt, müssen zwei Schreiber entlassen werden und dadurch wird die Schreibarbeit noch mehr verlangsamt.

Jenne: Von seiten des Bürgerausschusses liegt nach den Ausführungen nichts mehr gegen den Antrag vor.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Verwaltung des Gerichtshauses.

Grünau bemängelt die schlechte Luft im Gerichtshaus und die Dünste, die aus der Küche des Hausmeisters ausströmen. Es muß für bessere Ventilation gesorgt werden.

Dr. E. Meyer: Die schlechte Luft ist ein alter Fehler; die Anregung des Vorredners ist berechtigt.

Meincke-Travemünde wünscht im Gerichtsgebäude einen Fahrstuhl errichtet.

Polizei und Gefängniswesen.

Stelling: Es wird Ihnen bekannt sein, daß aus den Reihen der Straßenreiniger Hilfsschutzleute entnommen werden, die zum Teil lange Jahre Schutzmannsdienste verrichten, aber nicht etatsmäßig angestellt sind. Es sind solche darunter, die dies Amt seit 14 Jahren versehen; der jüngste seit 5 Jahren. Unter keinen Umständen ist dies Verfahren richtig. Sind die Leute für den Schutzmannsdienst befähigt, müssen sie angestellt werden. Herr Aug. Pape hat dies schon vor Jahren ohne Erfolg verlangt. Ich möchte vom Senat Auskunft darüber haben, wie er sich zu der Sache stellt. Dann habe ich noch einige andere Beschwerden. Im Jahre 1902 wurde eine Verordnung erlassen, nach welcher den Schutzleuten jede Woche ein freier Tag gewährt werden soll. Diese Verordnung, die auf eine frühere zurückgreift, wird nicht innegehalten. Ein großer Teil hat nur jeden achten Tag frei. Wenn regelnde Verordnungen erlassen werden, muß man sie auch einhalten, passen sie nicht mehr, müssen sie abgeändert werden. In St. Gertrud und St. Lorenz ist jeder siebente, in der Stadt jeder achte Tag frei. In anderen Städten haben die Schutzleute — wie hier die Wachtmeister — jeden sechsten Tag frei, wer Nachtdienst hat, soll jede dritte Nacht frei bekommen. Nach meiner Überzeugung läßt sich der jetzige Mißstand ohne Schwierigkeit beseitigen. Die Instruktionsstunden beim Wachtmeister, deren Zweckmäßigkeit bezweifelt werden kann, fallen in die Nachmittagsstunden von 5 bis 7 Uhr. Schutzleute, die Nachtdienst haben, können dann nicht erst nach Hause gehen, der Ruhetag wird dadurch unterbrochen. Sind diese Stunden wirklich notwendig, dann mögen sie im Anschluß an den Dienst stattfinden. Gewundert habe ich mich auch darüber, daß die Mittagspausen nicht auf allen Wachen die gleichen sind. Auch hierüber soll eine Verordnung bestehen. In den Stadtwachen bekommen die Schutzleute 2 Stunden Pause, vor den Toren nur 1½ Stunden. Warum mißt man hier nicht mit gleichem Maße? Verordnungen muß man unter allen Umständen durchführen und Sorge tragen, daß den Schutzleuten die Dienstzeit nicht verlängert wird. Um die Pausen innehalten zu können, muß jetzt teilweise längere Dienstzeit gemacht werden. Hier könnten, wie beim Volksfest, Rennen 2c. die Postengänge erweitert werden. Ich bitte um Auskunft resp. Abstellung der hier gerügten Mißstände.

Senator Dr. Neumann: Eine Anregung seitens der Bürgerschaft, die Hilfsschutzleute festanzustellen, liegt nicht vor. Den Wünschen des Vorredners kann nicht gut entsprochen werden. Die Schutzleute haben besondere militärische Ausbildung als Unteroffiziere, während die Hilfsschutzleute aus dem Arbeiterstande kommen und ihnen die Ausbildung fehlt. Es wird in Zukunft nicht gut zu Änderungen kommen. Eine Verordnung besteht in bezug auf die Pausen nicht, in den Kreisen der Schutzmannschaft ist auch keine Unzufriedenheit darüber, die wesentliche Gehaltserhöhung für die Schutzleute hat große Freude bereitet. Wenn hier von einer gewissen Gruppe jetzt für die Schutzleute eingetreten wird, so dürften diese kaum damit einverstanden sein.

Hoff: Ich richte die Anfrage an die Bürgerschaft, ob auch Sie es für richtig halten, daß eine bedürftige Witwe, die fünf Kinder und einen 70jährigen Vater zu ernähren hat, für einen 24jährigen unehelichen Sohn aufzukommen hat. Die Polizeibehörde scheint dieser Ansicht zu sein. Ein inhaftierter Arbeiter erkrankte im vorigen Jahr und für die aufgewendeten Kosten verlangt die Polizeibehörde von der armen Mutter 64 Mk. zurückerstattet. Das ist eine unbegründete Härte. Das Polizeiamt kann ja von dem Unterstützten die Kosten einziehen, eine Frau, der so viel Sorgen aufgehalst sind, kann dafür nicht aufkommen. Die Frau befindet sich in bedürftiger Lage. Trotzdem wurde gegen sie Klage erhoben, die in Ratzeburg zum Austrag kam. Wäre sie hier entschieden worden, wäre vielleicht das Gericht auf Grund der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes zu einer anderen Auffassung gekommen. Das Ratzeburger Gericht ist darauf nicht eingegangen. Ich bin der Ansicht, daß das Polizeiamt mit seinem Vorgehen dem Willen der Bürgerschaft nicht entsprochen hat. Man sollte mit weniger Härte vorgehen.

Senator Dr. Neumann: Auf die einseitige Darstellung des Vorredners bitte ich nicht einzugehen. Das Polizeiamt hat sorgfältig geprüft. Übrigens war hier eine nicht unbedeutende Hypothek vorhanden. Der Staat muß sein Recht wahren und kann nicht alle Kosten fahren lassen.

Stender will Papierkörbe an den Endstationen der Straßenbahnen, um die Billetts hineinzuwerfen.

Fehling wendet sich gegen Pape, der behauptet hat, daß es in der Bürgerausschußkommission nicht ordnungsmäßig zugegangen sei.

Aug. Pape widerspricht dem. Herrn Fehling gehts nichts an, ob ein Mitglied dort spricht oder nicht. Wer dort nichts sagen will, sagts eben in der Bürgerschaft, selbst gegen den Willen des Herrn Fehling. Daß beim Schutzmannskorps eine Zufriedenheit jetzt herrscht, freut mich; früher wars nicht der Fall. Wenn sich Hilfsschutzleute bewähren, soll man sie auch fest anstellen, das habe ich hier schon oft gesagt.

Löwigt: Die Herren Fehling und Senator Neumann müssen sich schon gefallen lassen, daß wir hier das vertreten, was wir für richtig halten. Wir treten dafür ein, daß jedermann zu seinem Rechte kommt. Und dieses Recht ist den Schutzleuten in den von meinem Freunde Stelling angeführten Fällen nicht geworden. Die Schutzleute werden es uns sicherlich nicht verübeln, wenn wir für sie eintreten. Die Bürgerschaft ist übrigens durch die Behandlung, welche Herr Senator Neumann ihr zuteil werden läßt, nicht gerade verwöhnt. Aber das irritiert uns nicht. Ich habe mich zum Wort gemeldet, um die Verordnung des Polizeiamts über die Kinematographentheater zur Sprache zu bringen. Vor kurzem fand ein Prozeß gegen einige Kinematographenbesitzer statt, weil sie die Polizeiverordnung übertreten hatten. Ich habe natürlich nicht das Bedürfnis, das Interesse der Kinematographenbesitzer zu vertreten; es ist aber wünschenswert, diese Sache hier zu besprechen. Eine Verordnung vom 6. Juni 1910, die ich hier habe, verbietet Personen unter 16 Jahren den Besuch der Kinematographentheater ohne Begleitung Erwachsener. Auf Jugend-Vorstellungen erstreckt sich diese Vorschrift nicht. Diese Bestimmung ist nach meinem Dafürhalten gerechtfertigt. Ein späterer Nachtrag zur Verordnung bestimmt aber, daß Kinder unter 16 Jahren auch die Jugend-Vorstellungen nur in Begleitung Erwachsener besuchen dürfen. Es ist bekannt, daß alle diese Bilder für Jugendliche von der Polizei geprüft sind. Ist dies tatsächlich der Fall, dann kann ich nicht einsehen, weshalb für diese Jugend-Vorstellungen die Kinder Begleitung haben müssen. Es ist Tatsache, daß Kinematographenbesitzer Erwachsene engagiert haben, die die Kinder hineinbringen. Was hier anscheinend gewollt ist, ist also nicht erreicht. Wenn sie so penibel sein wollen nimmt es mich wunder, daß Sie keine Vorkehrungen treffen, um Kindern ohne Begleitung Erwachsener abends den Besuch der Operettenvorstellungen im Theater zu verbieten. Weiter möchte ich wissen, nach welcher Grundsätzen die Kinematographenzensur ausgeübt wird und wer sie ausübt, ob Schutzleute oder der Polizeisenator, oder Lehrer. Die Grundsätze möchte ich kennen lernen, nach welchen dies geschieht und ob Bilder ausgeschlossen werden, die nur anstößig sind, weil sie der Polizei nicht passen. Meiner Meinung nach ist die Polizei keine Instanz für die Zensur. Richtiger würde sie von der Oberschulbehörde ausgeübt, die besser beurteilen kann, was für die Kinder geeignet ist oder nicht. Die Verordnung und deren Anwendung geht darauf hinaus, den Kinematographen das Genick umzudrehen. Es würde ich bedauern. Es ist gewiß nicht alles, was dort geboten wird, künstlerisch wertvoll oder geschmackvoll. Das darf aber nicht dazu führen, den Kinos das Leben schwer zu machen. Die Kinos könnten so ausgestaltet werden, daß sie dem Volke auf dem Gebiete der Natur und Kultur mancherlei Nützliches bringen. Wenn nur das wirklich Schlechte von der Zensur ausgeschieden wird, kann man damit einverstanden sein, aber wenn ich diese Verordnungen ansehe, muß ich sagen, daß sie schikanös ist und die Kinematographenbesitzer in ihrer Existenz gefährdet. Dagegen muß ich mich wenden.

Wortführer Dimpker: Sie dürfen dem Polizeiamt nicht vorwerfen, es verfahre schikanös.

Löwigt: Ich habe nur die Verordnung als schikanös bezeichnet.

Wortführer Dimpker: Das ist das gleiche.

Senator Dr. Neumann: Die Verordnungen schließen sich der anderer Städte an. Sie haben gesündere Verhältnisse geschaffen. Die Verordnung mußte verschärft werden, weil mit der ersten nicht auszukommen war. Nicht nur in der Vorstellung, sondern in den ganzen Verhältnissen, der Verdunkelung des Raumes usw. liegt die Gefahr. Das Polizeiamt übt die Zensur aus, wer soll es denn sonst tun. Eine Kommission, die auf dem Gebiete des Buchschundes tätig ist, hat dem Polizeiamt tatkräftig zur Seite gestanden. Die Art der Zensur ist von den Kinematographenbesitzern selbst anerkannt worden, das Genick soll ihnen nicht im mindestens umgedreht werden. Den Auffassungen des Herrn Vorredners in bezug auf das Kinematographentheater als Bildungsmittel stehe ich gar nicht fern. Vielleicht werden besondere Schülervorstellungen diesem förderlich sein.

Thiele bemängelt die Entlassung der Parkwächter; seitdem Schutzleute die Aufsicht führen, geschieht weit mehr Unfug.

Stelling: Dem Senator Neumann, der einen Unterschied zwischen den Schutzleuten und den Hilfsschutzleuten aus den Reihen der Straßenreiniger macht, kann ich mich nicht anschließen. Leute, die 14 Jahre Hilfsschutzleute waren, kann man ohne weiteres anstellen, sie können, wenn ein Senator die Straßen passiert, ebensogut stramm stehen wie ein anderer. Der Senat sagt weiter, es seien keine Verordnungen, sondern nur Verfügungen erlassen. Die Antwort ist aber ausgeblieben, ob es zutrifft, daß diese Verfügungen nach mancher Hinsicht durchbrochen werden. Wenn Ausnahmen zur Regel werden, soll man die Verfügungen abändern, sonst braucht man sie nicht. Über die Zulagen der Schutzleute freue ich mich auch, sie sind teilweise etwas besser weggekommen als andere Beamtenkategorien. Der Polizeisenator hat hier von uns als von einer „gewissen Gruppe" gesprochen. Wenn wir hier — als Vertreter des größten Teils der Bevölkerung — Mängel und Beschwerden vorbringen, so ist das unser gutes Recht. Und man soll nicht, wie es mit Hoff geschehen ist, uns einseitige Darstellung vorwerfen. Unter diesen Umständen brauchen wir keine Beratung und Bürgerschaft mehr. Die Bürgerschaft hat alle Ursache, gegen solche Redewendungen des Senats zu opponieren. Wir sagen stets was notwendig ist, auch wenn es sich um Schutzleute handelt. Ich weiß nicht, ob die Ausführungen des Polizeisenators auf seine alldeutsche Manier zurückzuführen sind, ich kenne seine Beweggründe nicht. Ich habe vor wenigen Tagen gesagt, warum wir dem Budget nicht zustimmen werden, die Äußerung des Herrn Senators Neumann allein schon würde aber Grund genug sein, das Budget zu verweigern. Man versucht, uns vom Senatstische darzustellen als Menschen, die außerhalb der Bürgerschaft stehen.

Dr. E. Meyer: Wegen der Senatsäußerung das Budget zu verweigern, ist eine Auffassung, die das Verantwortlichkeitsgefühl der äußersten Linken als Bürgerschaftsmitglieder bezweifeln läßt. Herr Hoff sollte mit dem abweisenden Urteil zufrieden sein. Wenn ein Gericht ein Urteil zu prüfen hat, so hat es überall die gleichen Rechtsnormen anzuwenden, das sollte Herr Hoff mit dem hohen Titel Arbeitersekretär wissen. Eine gerichtliche Beeinflussung hat nicht stattgefunden.

Hoff: Jeder Mensch kann irren. Es ist mir nicht eingefallen, dem Gericht Beeinflussung vorzuwerfen, ich habe nur gesagt, daß es vielleicht zu einer anderen Auffassung gelangt wäre. Das hat Herr Senator Neumann selbst gesagt und könnte auch der Herr Dr. Meyer mit dem hohen Titel Landgerichtsdirektor begreifen.

Fluß- und Hafenpolizei.

Niemann (Schlutup) wünscht in Schlutup einen eigenen Schornsteinfegermeister.

Gefängniswesen.

Wittfoot: Ich stelle die Anfrage an den Senat, ob es nicht möglich wäre, bei der Aufsichtsbehörde der Strafanstalt die Aufhebung der Zigarrenarbeit durchzusetzen. Die Tabakarbeiter haben durch die letzte Steuer sehr gelitten. Die, die nicht entlassen wurden, haben große Lohneinbußen infolge unfreiwilliger Verkürzung der Arbeitszeit erleiden müssen. Der Reichszuschuß ist seit dem Versiegen des Viermillionenfonds ausgefallen. Die Lage der Tabakarbeiter ist also keine rosige. Auch sind die Aussichten auf Mehrverdienst ungünstig, sie werden immer noch schlechter. Darum sollte die Tabakarbeit in der Strafanstalt aufgehoben werden. Mancher freie Arbeiter würde dadurch wieder Brot erhalten. Die Strafanstaltsarbeit schadet aber auch der freien Konkurrenz.

Senator Dr. Neumann: Es wird sich schwer etwas ändern lassen. Den Wunsch des Herrn Vorredners werde ich weitergeben.

Stelling: An der Heizung des Marstalls sind 600 Mark gestrichen worden, ob das richtig ist, weiß ich nicht. Ich möchte deshalb dem Ersuchen Ausdruck geben, sich nicht an den Kalender zu halten und erst am 1. Oktober zu heizen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß im September oft recht kalte Tage sind, die sich in den Zellen im Turme unangenehm bemerkbar machen, so daß die Insassen frieren müssen. Wenn kalte Tage eintreten, muß eben geheizt werden.

Verwaltung der Forsten und Torfmoore.

Grünau kommt auf die Fällung der Bäume auf dem Kalvarienberge in Travemünde zu sprechen. Wir hätten dort den Wald sehr nötig, die Anlagen sollten nicht dem Stadtgärtner, sondern dem Förster unterstellt werden, der mehr Sorgfalt anwendet.

Senator Rabe widerspricht dem. Der Stadtgärtner wolle den Wald nicht lichten. Solche Anfragen sollten erst bekannt gemacht werden.

Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten.

Aug. Pape wünscht, daß die landwirtschaftliche Maschinenzentrale mehr Miete bezahlt, sie gehöre ja jetzt einem Privatunternehmer.

Neuner will die Sprengwagen mehr angewandt wissen, besonders im Frühjahr.

Lauenstein: Die landwirtschaftliche Maschinenzentrale ist leider eingegangen. Viel Schöneres kann an die Stelle nicht gesetzt werden.

Bruns: Die Straßenreinigerkleidung wird an Firmen vergeben, die nichts mit der Sache zu tun haben. Der Senat hat auf meine frühere Anfrage nicht geantwortet. Die betreffende Firma ging bei den Schneidern herum, weil die Arbeit nicht an den Mann zu bringen war. Die Arbeit wird durch das Zwischenunternehmertum teurer oder der Verfertiger verdient nichts dabei. Sie wird schlecht hergestellt oder vom Staat zu teuer vergeben. Bei den anderen Dienstkleidungen, wie z. B. der Schutzmannsbekleidung, wurden doch erstklassige Schneidergeschäfte berücksichtigt, auch die Straßenbahnerbekleidung wurde direkt vergeben. Bei derjenigen der Straßenreiniger muß ebenso verfahren werden.

Senator Dr. Neumann: Die nächste Lieferung soll ausgeschrieben werden, es ist mit der Gewerbekammer Rücksprache genommen worden.

Stadt- und Landamt.

Schlomer: Wir haben immer gefordert, den Gewerbeinspektor im Hauptamt anzustellen. Ich werde dieses Jahr den Antrag nicht stellen, denn die Bürgerschaft gibt unseren Anregungen doch kein Gehör. Daß diese Anregung berechtigt, zeigt sich aber immer mehr, je weiter sich unsere Industrie auf das Land erstreckt. In den Schlutuper Räuchereien wird geklagt, daß sich der Gewerbeinspektor nur selten blicken läßt, während doch seiner dort viele Aufgaben harren. Die hygienischen Verhältnisse liegen dort vielfach im argen. Die Arbeiterinnen sind gegen Erkältung schutzlos. Auch sind die Arbeiter gezwungen, ihre Kleidung im Arbeitsraume aufzuhängen. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Überstunden werden nicht beachtet. Jetzt schon nach einem Vierteljahr ist die Zahl der zulässigen 60 Stunden erreicht. Es sollen schon Äußerungen gefallen sein, daß wenn weitere Überstunden nicht bewilligt würden, einfach welche gemacht würden. Schlimmer aber noch ist die Beschäftigung von Schulkindern mit Kistennageln. Das darf nach dem Gesetz unter keinen Umständen geschehen. Es wird jetzt viel von Jugendfürsorge gesprochen, in Schlutup wird darin aber sehr wenig geleistet, denn dort besteht ausgebreitete Heimarbeit. Kinder von 6, 7, 8 Jahren werden in den Häusern mit Kistennageln beschäftigt; schon aus Gesundheitsrücksichten muß man sich hiergegen wenden. Die Öffentlichkeit muß auf diese Mißstände aufmerksam gemacht werden. Die Lehrerschaft kann sie feststellen und auf die Fabrikanten wirken. Dem Gewerbeinspektor harren also hier große Aufgaben. Der Vorsitzende des Stadt- und Landamts möge hierauf sein Augenmerk richten.

Senator Dr. Neumann: Die Entwickelung der Industrie wird dazu führen, daß wir bald einen Gewerbeinspektor im Hauptamte bekommen. [illegible] gegenwärtige Inspektor vollführt seine Aufgabe [illegible] Durch seine Tätigkeit als Elektrizitätsinspektor [illegible] Mehrbesichtigung der Betriebe erleichtert. [illegible] Land sind im Jahresdurchschnitt 53,8 Proz. Betriebe revidiert, dagegen in Lübeck 1909 87,3 Proz., 1910 96,6 Proz. Nur wenige Betriebe sind von der Revision nicht getroffen worden.

Niemann (Schlutup) gibt die Heimarbeit der Kinder zu, diese werden aber doch von den Eltern und nicht von den Unternehmern beschäftigt. Die Mängel, die Herr Dr. Schlomer hervorgehoben hat, sind übertrieben.

Gewerbekammer.

Schorer kritisiert die Äußerungen des Finanzdepartements zu diesem Posten und wünscht das Wort „Zuschuß" gestrichen.

Senator Rabe: Ob das Wort dasteht oder nicht, ist einerlei.

Schorer widerspricht dem.

Tegtmeyer (Moisling) will dagegen stimmen und nimmt das Finanzdepartement in Schutz.

Lauenstein: Selbstredend muß das Wort fallen, sonst muß das Gesetz der Gewerbekammer eben geändert werden.

Senator Rabe: Die Gewerbekammer muß mit dem Geld auskommen, andernfalls muß sie Mittel im Umlageverfahren von den Mitgliedern erheben.

Heinsohn pflichtet Schorer bei.

Senator Dr. Fehling: Nicht die Mitglieder der Gewerbekammer sollen event. mit einer Umlage belegt werden, sondern die Gewerbetreibenden. Das Wort „Zuschuß" ist allerdings nicht genau.

Heinsohn will erst mit dem vor zwei Jahren geschaffenen Gesetz Erfahrungen sammeln. Weitergehende Bestrebungen des Gewerbes unterstützen wir natürlich, doch müssen wir uns mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln einrichten.

Der Abänderungsantrag Schorer, das Wort „Zuschuß" zu streichen, wird angenommen.

Behörde für Wohnungspflege.

Böbs wünscht, daß den Mitgliedern der Wohnungspflege, wenn sie Mißstände zur Sprache bringen, auch eine Antwort zuteil wird. Wenn sich die Mitglieder aller möglichen Arbeit unterziehen, können sie diese wohl fordern.

Senator Dr. Neumann: Es besteht die Pflicht, eine Antwort zu erteilen, die Erhebungen dauern nur hin und wieder etwas länger.

Theaterbehörde.

Löwigt: Der Theaterbetrieb gibt gewiß zu manchen Wünschen und Monitas Veranlassung, ich will aber wegen des bevorstehenden Direktorwechsels davon absehen. Wann bekommen wir endlich den Bericht über die Nachforderungen

zum Theaterbau? Wir kennen ihre Höhe noch nicht, nur ist bekannt, daß ein sachverständiger Herr zur Beurteilung hinzugezogen worden sein soll. Kritik üben muß ich über einen Beschluß, den die Theaterbehörde gefaßt hat. Bekanntlich hat der Arbeiterbildungsverein die Leitung des Theaters ersucht, für den Verein einige Vorstellungen zu veranstalten. Dem ist auch bereitwillig entsprochen worden, verschiedene Schauspiele kamen zur Aufführung. Nun bestand bei den Mitgliedern der Wunsch, es möchte auch einmal eine Oper zur Aufführung gelangen. Der Direktor sagte, daß dem Schwierigkeiten entgegenständen, aber er war geneigt, eine Operette zu geben. Ich will über den Wert oder Unwert einer solchen nicht sprechen, die Meinungen sind hierüber verschieden. Die Theaterbehörde kam zu dem Beschluß, dem Antrage nicht zu entsprechen mit Rücksicht darauf, daß schließlich bei Volksvorstellungen auch Opern oder Operetten gefordert würden. Ich kann diesen Beschluß nur bedauern, denn gerade die Opernvorstellungen haben im allgemeinen den meisten Zuspruch, mancher Minderbemittelte kann dazu kein Billett erhalten. Es muß möglich sein, auch zu einem billigen Preis dem Arbeiterbildungsverein solche Vorstellungen zu überlassen. Der Preis von 50 Pfg. und 10 Pfg. für Garderobe braucht ja nicht eingehalten zu werden, er kann ja, wenn es notwendig ist, etwas höher angesetzt werden. Beispielsweise in Elberfeld-Barmen werden für den Bildungsausschuß auch Opern aufgeführt, ohne daß sich Schwierigkeiten ergeben hätten. Sollten Wünsche entstehen, auch für die Volksvorstellungen einige Opern oder Operetten zu geben, so haben auch diese Wünsche eine Berechtigung. Die Sache steht aber anders, wenn für einen bestimmten Kreis Minderbemittelter Aufführungen veranstaltet werden. Die Theaterbehörde hätte entgegenkommen müssen. Dann habe ich noch einen Wunsch, der allerdings nur vom Direktor, nicht aber von der Bürgerschaft oder der Theaterbehörde erfüllt werden kann. Er betrifft die Entlohnung der Garderobenfrauen, denen man wohl eine kleine Aufbesserung geben könnte. Sie erhalten jetzt 50 Pfg. für den Abend, früher unter Piorkowski erhielten sie schon 75 Pfg. und noch früher war ihnen ein bestimmter Teil der Einnahmen zugesichert. 50 Pfg. ist zu wenig. Wenn ein solcher Wunsch hier ausgesprochen wird, kann ihn der Direktor wohl beachten.

Fehling: Auf die Anfrage des Herrn Löwigt kann ich mitteilen, daß der Bürgerausschuß die betr. Vorlage an eine Kommission verwiesen hat, wo sie mit Hilfe eines Sachverständigen geprüft wird. Wann die Arbeit abgeschlossen ist, weiß ich nicht, vor Mitte Sommer ist der Abschluß nicht zu erwarten. — Die Behörde ist dem Arbeiterbildungsverein entgegengekommen und hat sein Bestreben unterstützt; es kommen dadurch Kreise in das Theater, die es sonst nicht besuchen würden. Der Arbeiterbildungsverein hat wertvolle Stücke ausgesucht, die großes Interesse erregten, aber Operetten haben den Wert eines besonderen Volksbildungsmittels nicht. Weil wir für Volksvorstellungen Operetten nicht zugeben können, kann auch dem Wunsche des Arbeiterbildungsvereins nicht entsprochen werden. Die Behörde sowie der neue Direktor stehen den Bestrebungen des Arbeiterbildungsvereins, das Kunstinteresse zu wecken, sympathisch gegenüber. — Die Garderobenfrauen haben auch manche Nebeneinnahmen. Der Andrang zu den Posten ist trotz des kleinen Lohnes groß.

v. Schack wundert sich, daß im schönen Neuen Stadttheater die Posse „Hallo, die große Revue" gegeben werde. Für solche Sachen haben wir das dem Guten, Wahren, Schönen gewidmete Theater nicht gebaut.

Dr. Jak. Meyer stimmt dem Vorredner zu. Der Konsequenzen wegen mußte der Wunsch des Herrn Löwigt abgelehnt werden; in absehbarer Zukunft wird man dem aber nicht entgegentreten können. Ich halte das Verlangen des Herrn Löwigt, auch billige Opernvorstellungen für den Bildungsverein zu geben und damit das Interesse an musikalischen Darbietungen zu wecken, für berechtigt. Ob es aber richtig war, mit einer Operette beginnen zu wollen, ist zweifelhaft.

Löwigt: Die Ausführungen des Herrn Dr. Meyer freuen mich, weil wir danach doch Aussicht haben, Opernvorstellungen für den Bildungsverein zu bekommen. Eine Operettenvorstellung wollten wir nur deswegen, weil am Nachmittag infolge Schwierigkeiten in der Rollenbesetzung keinesfalls eine Opernaufführung zu bekommen war. Wir wollten eine Oper von Lortzing aufführen. Die Garderobenfrauen erhalten wohl gelegentlich Trinkgeld, das haben sie auch früher bekommen, als sie 75 Pfg. pro Abend erhielten. Daß das Angebot groß ist, mag sein, es ist dies jedoch kein Grund, um die Entlohnung niedrig zu bemessen. Die 50 Pfg. können getrost etwas erhöht werden.

Dahms will die Sitze im Parkett weicher gestaltet wissen. Plüsch oder Damast wäre gerade recht.

Fehling: Ich sitze immer recht weichlich, bin also nicht ganz objektiv. Aus Ersparnis haben wir davon abgesehen, die Sitze auszupolstern. Vielleicht drängen später geschäftliche Rücksichten dazu.

Zuschlag zur Einkommensteuer.

Peter Pape bedauert den Abstrich an den Volksschulbauten. Er beantragt, zunächst diejenigen, die 1200 bis 2000 Mk. Einkommen versteuern, vom Zuschlag gänzlich zu befreien, und dann folgende Skala gelten zu lassen: bei Einkommen von 2000—2500 Mk. 1 Proz. Zuschlag, 2500 bis 3000 Mk. 2 Proz., 3000—3500 Mk. 3 Proz., 3500—4000 Mark 4 Proz., 4000—5000 Mk. 5 Proz., 5000—6000 Mk. 6 Proz., 6000—7000 Mk. 7 Proz., 7000—8000 Mk. 8 Proz., 8000—9000 Mk. 9 Proz., 9000—10 000 Mk. 10 Proz., 10 000 bis 15 000 Mk. 11 Proz., 15 000—20 000 12 Proz., 20 000 bis 25 000 Mk. 13 Proz., 25 000—30 000 Mk. 14 Proz., 30 000 bis 40 000 Mk. 15 Proz., 40 000—50 000 16 Proz., 50 000 bis 100 000 Mk. 17 Proz., über 100 000 Mk. 18 Proz. Dadurch würden 291 951,87 Mk. mehr erbracht, wenn man den Bericht der Steuerbehörde für 1909 zugrunde lege. Durch einen allgemeinen 10prozentigen Zuschlag würden nur 266 000 Mk. einkommen. Diesem Vorschlag können Sie wohl zustimmen. Wenn Sie dem größten Teil der Bürger, die 1200—2000 Mark versteuern, die Rechte nehmen, müssen Sie diese auch von den Mehrpflichten verschonen. Diejenigen, die nur 1200—2000 Mk. verdienen, sind größtenteils Arbeiter, kleine Handwerksmeister und Beamte, und wenn jemand von 1200 Mk. Einkommen 1,60 Mk. Steuern mehr bezahlen soll, was dies bedeutet, weiß nur derjenige, der einmal ein Jahr lang eine Familie mit so wenigem Geld ernähren mußte. Wie schwer es ist, den kleinen Staatsbeamten ihre Lage zu verbessern, wissen ebenfalls nur die davon Betroffenen. Beim Beamtenbesoldungsetat haben die festangestellten kleinen Beamten nur wenig erhalten, überhaupt sind die Beamten mit 1200—2000 Mk. Einkommen am schlechtesten weggekommen. Die am wenigsten verdienen, die Arbeiter, müssen das Geld immer aufbringen; diese haben aber wenig oder nichts erhalten. Der Antrag Stelling, der in einer der letzten Bürgerschaftsversammlungen angenommen und dem Bürgerausschuß überwiesen worden ist und die Lage der Staatsarbeiter prüfen soll, ist an das Ende der fünfundzwanzig Punkte umfassenden Tagesordnung gestellt. Das ist bedauerlich und muß geändert werden. Ich ersuche, den Senatsantrag betreffs des Zuschlags abzulehnen und meinen Antrag anzunehmen.

Senator Dr. Fehling: Der Antrag kann nach der Verfassung verschoben werden, die Senatsanträge haben den Vorrang. Schwierigkeiten werden aber dem Wunsche des Herrn Peter Pape nicht entgegenstehen.

Thiele tritt wieder für die Veteranen ein.

Der Senatsantrag, 10 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer von Einkommen über 1200 Mark zu erheben wird angenommen.

Der Antrag Peter Pape ist dadurch gefallen.

Heilig-Geist-Hospital.

Stelling: Auch hier habe ich einige Wünsche vorzubringen. Ich habe gehört, daß auch hier in betreff der Heizung nach Schema F verfahren wird. Vor einem bestimmten Termin wird nicht geheizt. Es handelt sich hier um ältere Leute, die leicht frieren und wo man doch anders verfahren müßte. In letzter Zeit ist auch über die Beköstigung Klage geführt worden. Hoffentlich wird dem abgeholfen und der Küchenzettel genauer angesehen. Ein weiterer Mißstand besteht darin, daß den Leuten, die Altersrente beziehen, die Vergütung von 1,80 Mk. pro Woche vorenthalten wird. Die Leute haben einen gesetzlichen Anspruch auf die Rente, sie kann ihnen nicht genommen werden. Zum mindesten aber haben sie auch einen moralischen Anspruch auf die wöchentliche Vergütung, die ihnen erst vor mehreren Jahren entzogen worden ist. Früher erhielten auch die Altersrentner die wöchentliche Vergütung. Es war unbillig, sie ihnen zu entziehen. Ich hoffe, daß recht bald wieder der alte Zustand eingeführt wird.

Senator Rabe: Beschwerden sind nicht eingegangen. Die Rente macht ungefähr das gleiche aus, wie der Zuschuß, den die Leute erhalten. Durch dieses Geld wurde der Kreis der Insassen erweitert. Es ist nicht einzusehen, daß einzelne besser gestellt sein sollen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit der Bürgerschaft.)

Der Fehlbetrag für 1910 wird von der Ausgleichskasse gedeckt und hierauf das gesamte Budget angenommen.

Schluß 1/2 10 Uhr.

Reichskonferenz der Krankenkassen Deutschlands.

Am Sonntag tagte in Berlin eine Reichskonferenz der Krankenkassen Deutschlands, um zu dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. Vertreten waren 43 Verbände durch 60 Delegierte aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die im ganzen etwa 8 Millionen Versicherte vertraten. Herr Sydow referierte über die Abänderungsbeschlüsse der Reichstagskommission zum Ersten Buch der Reichsversicherungsordnung und über das Einführungsgesetz, Herr Alb. Kohn über die Abänderungsbeschlüsse zum 2. Buch der Reichsversicherungsordnung, Herr Jul. Fräsdorf über die Abänderungsbeschlüsse zur Reichsversicherungsordnung bezüglich der Ärzt- und Apothekerfrage und Herr Gustav Bauer über die Abänderungsbeschlüsse zum 6. Buch der Reichsversicherungsordnung sowie über die Hinterbliebenenversicherung und das Heilverfahren.

Sämtliche Diskussionsredner und alle Referenten waren einig darin, daß die von der Reichstagsmehrheit ausgeklügelte Methode der Abstimmung das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten völlig beseitige. Für alle wichtigen Entscheidungen im Vorstand und Ausschuß soll bekanntlich nach dem Beschluß der Kommission getrennter Majoritätsbeschluß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verlangt werden. Wenn dieser Beschluß mit doppeltem Boden nicht zustande kommt, dann soll die Burankratie, das Versicherungsamt oder das Oberversicherungsamt entscheiden.

Den breitesten Raum in der Debatte nahm ein Vorschlag ein, nunmehr in Konsequenz der Kommissionsbeschlüsse, die den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Gleichberechtigung in den Kassen geben, auch die Halbierung der Beiträge zu fordern. Eine Reihe von Delegierten bekämpfte den Antrag aus prinzipiellen Gründen, und er wurde schließlich gegen eine große Minderheit abgelehnt.

Die Zeit bis zum Beginn der zweiten Lesung im Plenum soll durch eine lebhafte Agitation ausgenutzt werden. Der geschäftsführende Ausschuß der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen erläßt ein Flugblatt, in dem auf die wesentlichsten Abänderungen der Reichsversicherungsordnung, deren Bestimmungen und Verschlechterungen gegenüber dem bestehenden Krankenversicherungsgesetze hingewiesen wird. Die Krankenkassenvereinigung im Deutschen Reich soll für die Verbreitung des Flugblattes unter den angeschlossenen Krankenkassen sorgen. Weiter wird eine kleine Schrift herausgegeben, in der alle Verschlechterungsbeschlüsse zusammengestellt sind. In der Zeit vom 18.—29. April sollen im ganzen Deutschen Reich an allen Orten Versammlungen von Krankenkassenmitgliedern und Arbeitgebern abgehalten werden, um gegen die Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. Zu diesen Versammlungen sollen auch die Reichstagsabgeordneten der betr. Kreise eingeladen werden. Alle Versammlungen sollen eine gleichlautende Resolution annehmen, die dem Reichstag übersandt wird. Schließlich soll am Sonntag dem 30. April, also unmittelbar vor Beginn der 2. Lesung im Plenum des Reichstages, in Berlin ein allgemeiner Krankenkassenkongreß abgehalten werden. Die für diesen Kongreß in Aussicht genommene Tagesordnung lautet:

1. Die Reichsversicherungsordnung.
2. Die Familienversicherung als Mittel zur Bekämpfung der Volkskrankheiten.
3. Praktische Verwaltungsfragen.

Die Vertreter des Vorschlages der Halbierung der Beiträge, die auf der Konferenz unterlegen sind, stellten in Aussicht, daß sie ihre Forderung auf dem Kongreß von neuem vertreten werden.

Aus der Partei.

Der militärfromme Jaures. Durch die bürgerliche Presse macht eine Notiz die Runde, wonach Genosse Jaures sich in der französischen Kammer für die Anschaffung von 34-Zentimeter-Geschützen ins Zeug gelegt habe. Für jeden, der etwas von Jaures weiß, trägt die Darstellung den Stempel der Entstellung an der Stirn. Die Sätze, die aus der Rede von Jaures zitirt werden, sind aus dem Zusammenhang gerissen; die Stelle der Rede hatte im ganzen folgenden Sinn:

„Jetzt schlagt Ihr uns vor, Kriegswerkzeuge anzuschaffen, die durch die Beschaffenheit dieser Werkzeuge in andern Ländern bald zum alten Eisen geworfen werden müssen. Warum schafft Ihr nicht wenigstens, um zu sparen, gleich das an, was Ihr später doch verlangen werdet?"

Den besten Beweis dafür, wie die Redewendungen Jaures zu verstehen sind, gab er selbst dadurch, daß er gegen die Forderung stimmte.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Aussperrung der Steinarbeiter in Weimar (Bezirk Kassel) ist beendet. Die Firma Bauch u. Co., ihre 400 Arbeiter aufs Pflaster geworfen hatte, um Schwächung der stark gewordenen Organisation herbeizu ren, hat klein beigegeben und sogar noch eine Erhöhung Löhne bewilligen müssen.

Aus dem Gerichtssaal.

Soldatenschinder. Das Oberkriegsgericht in Karlsruhe verwarf die Berufung des Sergeanten Lörzer 22. Dragoner-Regiment in Mülhausen, der vom Kriegsge wegen Mißhandlung des Dragoners Rist zu 44 Tag Gefängnis verurteilt worden war. Lörzer hatte Dragoner im Stall mit dem blanken Säbel sch über einen Arm gehauen, weil er ihm nicht sch genug das Sattelzeug zu putzen schien. Durch die Schl wurde eine Narbe aufgerissen, blutige Striemen und Lymphdrüsenentzündung hervorgerufen, so daß der Ma 6 Wochen im Lazarett liegen mußte.

Aus Nah und Fern.

Über einen angeblichen Streikkrawall berichtet Wolffsche Telegraphenbureau aus Bamberg: Im benc barten Bischberg zertrümmerten in der Nacht z 27. März ausständige Arbeiter der Ton- und Ziegelwe sämtliche Fensterscheiben der Fabrik. Sie warfen Steine die Wohnung des Direktors, welcher mit seiner Familie n Bamberg flüchtete. Die ganze Gendarmerie der Umgebu ist zusammengezogen, die Polizeistunde auf 9 Uhr festgese Die Gendarmerie feuerte blind, als sie mit Steinen bewor wurde. Heute früh wurden die Bogenlampen der Fab durch Revolverschüsse zertrümmert. Hinzugezogene italieni Arbeiter nahmen die Arbeit bisher nicht auf. — Es ble abzuwarten, was sich an dieser Sensationsmeldung b stätigen wird.

127 000 Mk. durch einen Bürgermeister unt schlagen. In Stolberg im Harz hat sich der dort Bürgermeister Dr. Pampel nach Unterschlagung v 127 000 Mk. Sparkassengeldern erschossen. Die Unt schlagungen reichen mehrere Jahre zurück. Durch Fä schung von Unterschriften zweier Mitglieder d Kuratoriums hat er seit etwa fünf Jahren vom Magdeburg Bankverein auf Konto der Sparkasse zu Stolberg größ Beträge erhoben, die den Gesamtbetrag von 127 000 Mk. reichten. Die Fälschungen kamen erst am Montag abe durch Zufall an den Tag.

Neue Mordwerkzeuge. Einer rheinischen Firma ist gelungen, ein Geschütz zu konstruieren, mit dem man Lu schiffe auf beträchtliche Höhe beschießen kann. Dieses ne Geschütz wird auf einen Kraftwagen montiert. — Für Steuerzahler eröffnet diese neueste Leistung auf dem Gebi der Waffentechnik reizende Aussichten, denn es ist natürl ganz selbstverständlich, das dieses neueste Geschütz so ra als möglich angeschafft wird, zum „Schutze des bedroht Vaterlandes" und zur Steigerung des Profits der Herstell Die Zeche zahlt das Volk.

Die Stuttgarter Polizei als Staatsretterin. Daß tr allem Gerede von der freieren Luft, die im Süden weh soll, die Klassengegensätze sich in unüberbrückbarer Schä gegenüber stehen, ergeben sowohl die vielen und heftig wirtschaftlichen Kämpfe, wie auch das Verhalten des Org nes, das sich berufen fühlt, als Büttel der kapitalistisch Klasse jederzeit zu wirken und die Arbeiter, die eine gere tere und vernunftgemäßere Gesellschaftsordnung erstrebe mit Gewalt niederzuhalten — der Polizei. Wie sehr s die Stuttgarter Polizei in diese Rolle hineingelebt hat, ergi sich aus der jetzt bekannt gewordenen Tatsache, daß anläßl der Versammlungen zugunsten des Frauenwahlrechts in d Nähe des größten Lokals ein größeres Schutzmannsaufgeb zusammengezogen war, um etwaige Demonstrationen Keime zu ersticken. Der 18. März vorigen Jahres, welchem gegen Mitternacht Tausende von Arbeitern vor d preußische Gesandtschaft zogen, um ihren Abscheu vor d politischen Entrechtung der preußischen Arbeiter Ausdruck geben und ihre Solidarität mit den Wahlrechtskämpfern bekunden, scheint den Herrschaften gehörig auf die Nerv gefallen zu sein.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Durch Einsturz ein Gesteinmasse, deren Gewicht auf 500 000 Tons geschätzt wir wurden in der Norman Open Pit Kohlenzeche in Virg nia, Minn., 36 Bergleute, meist Finnländ und Österreicher, getötet und mehrere andere schlim verletzt.

Ein deutscher Oberstleutnant in der Türkei beschoss Der in türkischen Diensten stehende Oberstleutna v. Schlichting wurde von einem albanesische Soldaten in zwei Schritt Entfernung angeschosse Schlichting schritt in Begleitung des Korpskommandant die Wachmannschaft ab und richtete mit der Hand den Ko des Soldaten gerade. Dieser glaubte, er sei g schlagen worden und feuerte eine Kugel ab, die d Magen und den Darm durchbohrte sowie die Wirbelsäu und das Rückenmark verletzte. Die sofortige Operation i deutschen Hospital gelang, doch erlag der Oberstleutna seinen Verletzungen. Der Sultan und die Minister übe mittelten dem deutschen Botschafter ihr Bedauern über d Vorfall.

Schreckliches Brandunglück. In Mittermühle b Trostberg ließ die Tagelöhnersfrau Kroisz ih drei kleinen Kinder kurze Zeit unbeaufsichtigt in d Wohnung. Der Kinderwagen geriet inzwischen Brand und die Kinder erstickten infolge der Rauc entwicklung.

Rassenkampf in Amerika. Die „Neuyorker Handel zeitung" berichtet aus dem Staate Kentucky: Auf d Cincinnati-Chattanooga Division der Queen Crescent Eise bahn-Gesellschaft ist es infolge der Anstellung vo Negern als Heizer zu einem Streik gekom men. Die Bergbewohner des Distrikts von Somerset, K sympathisieren mit den Streikenden, und wie es heißt, we den sich auch die Maschinisten, Bremser und Ingenieure de Streik anschließen. Es ist bereits zu erbitterte Kämpfen zwischen den Streikenden und den Leuten, d ihre Plätze eingenommen haben, gekommen, wobei zeh Personen erschossen und und viele andere verwund wurden. Neun Neger wurden sogar gelyncht.

Eisenbahnunglück in Spanien. Der Expreßzug Ba celona—Madrid ist bei Tarrassa entgleist. Dabei wurd drei Personen getötet und sieben verletzt.

Wieder eine Katastrophe im Kino. Aus Londo wird gemeldet: Während der Vorstellung in einem Kin matographen-Theater in Middlesborough entstand i folge Feuerlärms eine Panik, wobei drei Personen g tötet und dreizehn verletzt wurden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C
Sämtlich in Lübeck.

zwölf Jahre durch einen **guten Regen** befruchtet; dann herrscht in allen Dörfern Festesjubel, da die Ernte außerordentlich groß ist. Das alles wurde nach Livingstones Zeit bestätigt, und unsere lokalen Jahrbücher registrieren nur in jenen Regenperioden gute Jahre. Die einzige Wissenschaft der Eingeborenen besteht nun darin, daß sie auf die Erlangung von Regen hinarbeiten; sie suchen den Regen durch zahlreiche abergläubische Praktiken herbeizulocken und enthalten sich im übrigen jeder Arbeit, da ja doch alles vom Regen abhängt."

Ein unterirdischer Wald

ist bei Grabungsarbeiten nach Wasser in Sandy Hook zu New-Jersey in den Vereinigten Staaten entdeckt worden. In einer Tiefe von 130 Metern stieß man auf gewaltige Bäume, die bis sieben Metern im Durchmesser haben. Man nimmt an, daß dieser Riesenwald durch hinübergewehte Sanddünen begraben wurde. Man hofft, an der Stelle auch große Mengen von Bernstein zu finden.

Wie wenig die Menschheit bedeutet,

geht aus einer Rechnung hervor, die zuerst von Professor Zuccarini aufgestellt und seitdem ergänzt worden. Schätzt man die Bevölkerung der Erde auf 1500 Millionen, so würden, könnte man sie an einem Orte zusammenbringen, 25 Geviertmeilen zu ihrer Aufstellung genügen. Dabei käme auf jeden mehr als ein Geviertmeter Raum. Rechnet man seit 6000 Jahren 200 Generationen und nimmt man an, daß jede frühere so zahlreich gewesen sei wie die späteren, so hätten all diese Geschlechter auf einer Fläche Platz, die ungefähr halb so groß wäre wie Deutschland. Wollte man die lebende Menschheit auf einmal in Särgen begraben, so brauchte der Kirchhof nur etwa 29 Geviertmeilen groß zu sein. Hinterließe, was zu reichlich angenommen erscheint, jeder Leichnam ein Zehntel Raummeter Moder, so würde der Rest einer ganzen Generation keine vier Geviertmeilen auch nur ein Drittel Meter hoch bedecken. Der Vergleich mit den winzigen Korallentierchen, die ungeheure Riffe und Inseln aus ihren Skeletten aufbauen, oder winziger Infusorien, die große Landschichten bilden, liegt nahe.

„Auffi ins Heu."

Im „Tagebuch" seines „Heimgarten" erzählt Peter Rosegger folgenden lustigen Schelmenschwank: „Der Bauer stand nahe an seiner Dienstmagd und wisperte ihr ins Ohr: „Du Mirl, morgn, halt dunkel wird, bin ih oben im Heu. Kim auffi a bißl!"

Die Magd verstand und flüsterte über die Achsel zurück: „Ih kim auffi."

Dann ging sie und dachte: „Is dos oana, der Baur! Dos muaß ih da Bäurin sogn, daß sie's woaß. 's brav Weiberl, was ma dabormb. Is dos oana, der Baur!"

Und anstatt, daß sich die Magd herrichtete fürs Heu, erzählte sie der Bäuerin, wie sie vom Bauern eingeladen sei.

Die Bäuerin blieb ganz ruhig und fragte sie dann: „Gehst auffi?"

„Owa Bäurin! A son a Sünd!"

„Schad, wan er umsist wortad."

„Bäurin," sagte die Magd, „ih woaß wos. Daß er nit musist wort't: Geh du auffi!"

Die Bäurin hieb sich mit der Faust in die hohle Hand und rief: „Dos tuar ih ah!"

Der Bauer war auf das Feld gegangen und in der frischen Luft zu einiger Besinnung gekommen. „An Ehbrücherl! Go schen is 's nit. Is sa weit eh nouh gonz guat mei Wei. Wan sie ma sou wos ontat, wa mar ah nit recht. Ih moan, ih loß's bleibn. Ih schick in Knecht auffi, daß d' Mirl nit umsist geht."

Dem Knecht war's recht. Was der Bauer anschafft, dachte er, das muß man tun.

Und als es am nächsten Tage dunkel war, ging der Bauer anstatt ins Heu in die Ehekammer. Die Bäurin war nicht da. Hingegen war die Magd da mit aufgestreckten Armeln und wusch an den Fenstergläsern die Fliegenspuren ab.

„Mirl, bist dan du nit auffi ins Heu?"

„Na."

„Won is dan die Bäurin?"

„Auffi ins Heu."

Auf der Stelle wußte der Bauer, was zu tun war. Bei der Magd fand er jetzt gar keine Unterhaltlichkeit. Er lief was er konnte „auffi ins Heu".

Ist er noch **früh genug** gekommen? Ist er zu **spät** gekommen?

Die alten deutschen Dichter hätten ihn in ihren Lustspielen früh genug kommen lassen ins Heu. Die neuen sicherlich — zu spät. Oder ihn gar zurückbehalten diesmal in seinem Ehestübel."

Aus den Witzblättern.

Die Volksversammlung. In einer kleinen preußischen Grenzstadt wurde die Frau eines Töpfermeisters auf dem Heimwege vom Markt plötzlich von heftigen Geburtswehen überrascht. Anstatt einen Wagen zu nehmen, versuchte sie ihre noch ziemlich weit gelegene Wohnung zu Fuß zu erreichen. So kam es, daß die bedauernswerte Frau auf offener Straße Drillinge gebar. Man schaffte die Schwerkranke in das nahe Krankenhaus, wo sie einige Tage zwischen Leben und Tod hin und her pendelte. Den Ärzten gelang es indes, die Gefahr abzuwenden. Als die Frau wieder gesund war, wurde sie auf das Polizeiamt zitiert und eingehend über den Fall vernommen. Drei Tage nach dieser Vernehmung erhielt sie ein Strafmandat von vierzig Mark wegen Abhaltung einer unangemeldeten Volksversammlung unter freiem Himmel.

(„Simplicissimus".)

Nicht verlegen. Dame (den Koffer ihres Dienstmädchens visitierend, zu ihrem Gatten): „Ah, da ist ja deine längst vermißte Taschenuhr und meine Armspange!" — Dienstmädchen: „Ja, die hab' i versteckt, daß sie der Gerichtsvollzieher nöt pfänden kann!"

St. Bureaukratismus. Ein Kommissär macht bei der Revision eines Postamts die nicht unbedeutende Entdeckung, daß ein Bund Postauftragsumschläge statt 100, wie vorgeschrieben, 101 Stück enthält. Deshalb läßt er Weisung an den Kassaführer ergehen, diese „Unstimmigkeit" auf rechnerischem Wege zu beseitigen: Also Buchung im Kassabuch: „1 Pfennig Überschuß." Doch das rechtsgelehrte Hirn des Kommissärs gerät in Zweifel, ob dieses Verfahren den Vorschriften entspricht, deshalb gibt er neuerdings Weisung an den Kassaführer: Angeordnete Buchung vorläufig unterlassen, bis die vorgesetzte Oberpostdirektion ein Gutachten darüber abgegeben habe."

Auf dem Salvatorkeller. Münchener: „Was, net amal seine Kinder darf man mehr mitnehmen? Ja, wer soll oan denn nacha heimführ'n?"

Berechtigte Frage. Tourist (als der Führer zwölf Mark gegen zehn Mark im Vorjahre verlangt: „Na . . . erlauben Sie mal, ist denn der Berg höher geworden?"

Beim Salvator. „So a Bier! Ich bin wie im siebenten Himmel!" — „I bin aa schon bei der sechsten Maß."

(Aus „Meggendorfer Blätter".)

Sparsam. „So, nun haben Sie ein schönes, brauchbares Gebiß, da können Sie wieder ordentlich essen!" — „Ja, was meinen S' denn? Die teuren Zähn' nehm ich nit zum Essen — bloß Sonntags in die Kirch'!"

Modern. „Dichter wollen Sie werden? . . . Haben Sie denn Talent dazu?" — „Nein, aber 's Geld!"

Überwunden. „Früher haben Sie soviel geraucht, Fräulein?" — „Ja, aber nach jeder Zigarette ist mir schlecht geworden." — „Und jetzt rauchen Sie nicht mehr?" — „Nein, jetzt kann ich's vertragen, da macht's mir kein Vergnügen mehr!"

(Aus „Lustige Blätter".)

Zerstreut. Tourist: „Ich möchte ein Zimmer für diese Nacht; haben Sie auch Wanzen?" — Oberkellner (in Gedanken): „Jawohl, führen Sie den Herrn auf Nummer 17, Johann!"

Unter Kollegen. Verteidiger (dessen Klient wegen Geisteskrankheit freigesprochen wurde, zu seinem Kollegen): „Heute hab' ich wieder großartig plädiert." — „So, ich dachte, der sei seines eigenen Blödsinns wegen freigesprochen worden!"

„Nun, Doktor, wie hat Ihnen das Klavierspiel der Tochter des Hauses gefallen?" — „Ich kann nur sagen, mit den Noten, die sie fallen läßt, kann ein anderer ein ganzes Konzert geben!"

(„Aus Meggendorfer Blätter".)

Ein Schwerenöter. Dame: „Morgen werde ich auf dem Wohltätigkeitsfest Küsse verkaufen!" — „Herr: „Könnte ich da einen im Vorverkauf haben, gnädiges Fräulein?"

Im Ärger: „Gestatten, Herr Prinzipal, daß ich morgen wegbleibe, ich muß zur Rekrutenaushebung." — „Ja, zum Teufel, müssen Sie denn überall dabei sein?"

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 13. Mittwoch, den 29. März 1911.

Als der Vater starb.

Erzählung von Karl Schönherr.

Gestern bin ich seit langem wieder an Vaters Grab gewesen. Es lebt von ihm kein Stäubchen mehr. Aber die Erinnerung ist noch frisch lebendig.

Als der Vater starb, war ich klein, beinahe der Kleinste von fünf Geschwistern; aber ich besinne mich gut; draußen war es schön; es blühte und grünte und die Sonne schien. Dicht vor unsern Fenstern stand ein alter, ruppiger Apfelbaum; der streifte mit den Ästen die Mauer; ein blühender Zweig reckte sich gar wie ein langer, schneeweißer Gänsekragen zum Fenster herein; wollte man das Fenster schließen, so mußte man erst den Zweig beiseite schieben.

In der Stube lag der Vater tot.

Die Stube hatte blaßgrüne Tapeten, das weiß ich noch gut. In der rechten Ecke, wo der Ofen stand, war die Tapete ein Stück weit losgelöst. Der Tapezierer hätte schon vor drei Wochen kommen sollen, aber er kam nie. Was hatten nicht Vater und Mutter über die faulen Hantierer gewettert! Und nun war es so auch recht. Niemand ärgerte sich mehr über die losgelöste blaßgrüne Tapete.

Über Vaters Schreibtisch hing an der Wand eine große, kreisrunde Scheibe mit einem einzigen Schusse mitten im Zentrum. Das heißt man einen Jungfernschuß.

Ja, Vater war weit und breit der beste Schütze und Jäger gewesen und hatte tagaus, tagein in der dumpfen Schulstube sitzen müssen, denn er war von Beruf Schullehrer.

Wir hatten auch einen alten, verschnörkelten Pianoforte-Flügel im Zimmer stehen; ein Monstrum von einem Klavier. Mir kleinem Knirps wenigstens schien es nach Länge und Breite hin kein Ende zu nehmen. Auf dem Flügel hatte der Vater oft des Abends gespielt, und wir pflegten vor der Tür zu lauschen. Denn während er spielte, durfte niemand ins Zimmer.

Wenn wir draußen zu laut wurden — und das traf jedesmal zu — brach drinnen das Spiel plötzlich mitten im schönsten Takte ab und wurde heftig ein Sessel gerückt. Da war es für uns höchste Zeit, zu verschwinden. Aus weiter Ferne, in sicherer Deckung, hörten wir dann mit wohligem Gruseln den Vater in den dämmerigen Hausflur hinausschelten.

Und nun war der riesige, hellbraun polierte Flügel schwarz ausgeschlagen. Darauf war der Vater aufgebahrt. Mutter und Geschwister weinten im Nebenzimmer.

Ich hatte mich zum Vater hineingeschlichen. Es war in dem Raume still und friedlich. Nur eine Fliege summte um die brennenden Wachskerzen herum und machte einen heillosen Lärm.

Ich Dreikäsehoch reckte mich in die Höhe, so gut es ging. Kaum daß ich mit Mühe Vaters Fußspitzen erreichte. Und kneipte ihn beherzt in die große Zehe — ganz gehörig. Noch rührt er sich nicht, aber gewiß spürt er es schon; er verbeißt nur den Schmerz.

Warte nur, Vater! Ich weck' dich doch auf!

Und kneipte immer fester und noch fester — er verzieht noch immer keine Miene, er verbeißt es. Ich fühle, wie sich meine Nägel durch den dünnen Strumpf in seine Zehe bohren — er sieht immer gleich ruhig und friedlich drein; das eine Auge blinzelte beinahe schelmisch unter dem halboffenen Lide hervor.

Da wurde mir plötzlich der ganze Vater über alle Maßen unheimlich; entsetzt floh ich aus dem Zimmer zu Mutter und Geschwistern; warf mich in Mutters Schoß und schluchzte laut auf:

„Gelt, Mutter, jetzt sein wir wieder ledig!"

Was weiß ich, wo der kleine Fratz den Brocken aufgeschnappt hatte, den er jetzt so zur Unzeit von sich gab. Aber die Mutter mußte doch bei allem Elend einen Augenblick lächeln. Darauf bildete ich mir nicht wenig ein; in späteren Jahren, wo ich leichtsinniger Mensch der Mutter manche Träne erpreßte, sagte ich mir's oft zum Troste vor:

„Hast doch die Mutter einmal mitten im knietiefen Kummer auf einen Augenblick lächeln gemacht!"

Als der Vater begraben wurde, daß war ein großer Tag. Es kamen viele Leute ins Haus, und alle waren mit uns lieb und freundlich. Viele sagten:

„Arme Kinder!"

Aber mir kam es damals so schlimm nicht vor. Alle sagten, wie schade es um den Vater sei, und er wäre ein richtiger Kernmensch gewesen.

War das ein Haufen Menschen hinter Vaters Leiche her: die Schulkinder mit einem schwarzen Fähnlein, dann eine ganze Schar Klosterfrauen, dann die Lehrer aus allen Nachbargemeinden, gewiß ein Dutzend, wenn nicht mehr; und dann ein Trupp Scheibenschützen in Lodenjoppen mit grünen Aufschlägen. Die waren von weit und breit herbeigekommen, manche gar über den Brenner herüber; denn die Schützen sind gar getreue Brüder. Und die Musik spielte. Ich besinne mich gut, der „Bombardon" brummte so drollig. Schön war es, schön! Ich dachte mir immer hinter dem Sarge her:

„Ach! Warum hat nur der Vater das nicht erleben können!"

Auf dem Sarge lag Vaters Scheibenstutzen und der Schützenhut mit dem Gemsbart. Der blanke Büchsenlauf funkelte in der Sonne und vom Gemsbart ließ ich kein Auge. Ich sehe ihn noch heute lustig im Morgenwinde „wacheln" und die schönsten Rädlein schlagen.

Das weiß ich auch noch gut, wie der Sarg mit zwei dicken Stricken in das Grab hinabgeseilt wurde. Drei Männer mit Schaufeln standen schon bereit. Hatten die es eilig, den Vater einzuschaufeln! Als hätten sie gefürchtet, er könnte ihnen noch einmal entwischen. So oft eine schwere Erdscholle oder Stein und Bein polternd auf den Holzsarg kollerte, weinte die Mutter laut auf.

Nach dem „Totenamt" kam der Meßner auf die Mutter zu und bedeutete ihr im Auftrage Seiner Hochwürden des Herrn Dekans (Dechant), mit uns Kindern in den Pfarrhof zu kommen.

Das weiß ich auch noch, als wäre es heute, wie wir alle in einer Reihe vor dem hochwürdigen Herrn Dekan standen. Er saß eben beim Frühstück. Der Tisch war mit blühweißem Linnen gedeckt. Darauf stand ein schönes, bauchiges, dunkelblau geblumtes Kaffeegeschirr; und viel, viel Weißbrot. Die gelbe Butterflade, die sich auf dem sattblauen Teller gar so absonderlich einladend ausnahm, werde ich auch nie vergessen; für solche Dinge habe ich kleiner Bub ein Auge gehabt!

Der Herr Dekan war ein stattlicher, wohlhäbiger Mann mit einem immer freundlichen Gesicht. Er schob im Aufstehen den breiten, ledergepolsterten Sessel ein wenig hinter sich und hieß uns alle herzlich willkommen. Die Mutter küßte ihm als erste die Hand, dann drückten wir Kinder unsere nicht ganz trockenen Näschen auf seinen Handrücken. Aber er ließ sichs ruhig gefallen und hatte für jedes ein freundliches Wort. Dann sagte er zur Mutter:

„Harte Zeiten . . . was, Mutterl! Freilich ja! Wen Gott lieb hat, den sucht er heim!"

Darauf sagte die Mutter:

„Dann muß er mich aber schon recht, recht lieb haben!"

Und es schlug ihr die Stimme um, da ihre Augen uns streiften, die wir zu fünft dastanden wie Orgelpfeifen und keinen Ernährer und Vater mehr hatten.

„Mutterl! Nit verzagt sein! Ihr Seliger ist durch dreiundzwanzig Jahre Lehrer gewesen . . . und immerfort rechtschaffen . . . ein Tiroler Kernmensch durch und durch! Das vergißt ihm die Gemeinde nit: Sechzig Gulden Witwenpension hat die Gemeinde für das Mutterl ausgesetzt — Jahr für Jahr; so lange das Mutterl lebt; und wir hoffen, noch recht lang'!"

Und der Herr Dekan setzte nun der Mutter des weiteren auseinander, wie sich die Gemeinde auch bereits den Plan unserer weiteren Versorgung bis in die kleinsten Einzelheiten zurechtgelegt hätte. Vor allem galt es jedoch, der armen Lehrerwittwe die drückende Kinderlast abzunehmen.

„Kinder sind eine schwere Last; hab' ich nicht recht, Mütterle?"

Wir sollten von der Mutter; das eine dahin, das andre dorthin, zu fremden Leuten. Ich sollte an einen Bauer

„Ein wirklich guter, christlicher Bauer," fügte der Dekan hinzu.

Weiß Gott, wir Kinder hatten uns oft gezankt und waren manchmal aufeinander gewesen wie Hund und Katze; nun aber, da wir auseinander sollten, tasteten wir alle wie auf Kommando hastig nach des nächsten Hand oder Arm oder Rockfalte, und schlossen uns zitternd zusammen. Und unsere zehn Augen hingen, weiß Gott, in großer Herzensangst an der Mutter.

Ich weiß noch gut, die Mutter schwieg ein Weilchen, aber in ihrem feinen, blassen Gesichte zuckte es und bebte es. Dann schüttelte sie — lange bevor sie noch ein Wörtlein herausbrachte — langsam den Kopf: endlich sagte sie — und eine Blutwelle schoß ihr in die Wangen:

„Hochwürden! Ich dank' der Gemeinde! Aber ich laß keines weg! Gelt, Kinder! Wir bleiben beieinander! Ich will's schon so auch fertig bringen! Es muß geh'n!"

O, wie hell und wohl und warm wurde da uns Kindern. Ein heißer Hauch von Mutterliebe wehte uns alle an. So dankbar enge haben wir uns auch nie mehr aneinandergedrückt, als damals in Herrn Dekans Frühstückszimmer.

Die Mutter küßte dem Herrn Dekan zum Abschied die Hand; dann drückten wir der Reihe nach unsere feuchten Nasenspitzchen auf seinen weichen Handrücken. Dann gingen wir.

Und wißt ihr, was das schönste ist?

Sie hat es fertig gebracht!

Denkt euch nur, sie hat es wirklich fertig gebracht — die Mutter!

Das Erwachen der Natur.*)

Lange, allzulange hat er regiert, der Winterkönig, das Füllhorn mit den Zukunftsverheißungen hat er geschlossen gehalten, aber der Griff wird schwächer und schwächer, und zwischen den gelockerten Fingern entschlüpfen die munteren, lachenden Frühlingsgenien. Sie fliegen über Wald und Heideland, über Wiese und Feld, sie hauchen warmen Odem ins Erdreich hinein, und den Pflanzen und Pflänzlein und dem kleinen, in seinen Schlumpfwinkeln schlummernden und träumenden Getier rufen sie ein fröhliches „Wach auf!" zu.

Können die Perlen im Diadem einer Königin an Lieblichkeit sich messen mit den aufbrechenden Blütenknospen der Weiden? Palmen nennt sie der Kindermund, und Kinderhände binden die ersten Sträuße des neuen Jahres aus den samtweichen grauen Kätzchen

Sorglose, leichtherzige Kindheit, alles, was die erwachende Natur hervorgezaubert, belegst du spielend mit Zoll und Steuer.

Vom Teiche her, an dessen Ufern die festlich geschmückten Weiden ihren Spiegelbildern zunicken, kommt eine Frühlingsstimme: das Quaken der Frösche.

Merkwürdig, wie alljährlich die Frösche so urplötzlich das Wasser beleben! Gestern war weit und breit von ihnen nichts zu sehen und zu hören, heute aber ertönt, kaum hat die aufgehende Sonne die Flut geküßt, ringsum lautes, lustiges Gequak. Die seichteren Stellen sind übertupft mit grünen und braunen Köpfen; doch mache nur die geringste Bewegung, und sofort ist jeder Kopf verschwunden.

Nach einer Weile läßt sich dann wieder von einem versteckten Winkel her, versuchsweise und öfter abbrechend, ein Solist vernehmen: „Koax-Koax-Breckerreckerrex!" Es ist nicht leicht, den Tonkünstler zu erspähen; er hält sich unter Wasser, steckt nur Nase und Augen ein ganz klein wenig heraus, dem Beobachter Flußpferdbilder afrikanischer Reise- und Jagdschilderungen in den Sinn bringend. Rührst du dich nicht, dann faßt der Bursche Vertrauen, zeigt den ganzen Kopf und umgibt sich beim jedesmaligen Aufblähen der sangesreichen Kehle mit weiter und weiter über die Spiegelfläche fortlaufenden Wellenringeln. Einer nach dem andern der Kameraden taucht auf, und das Konzert kommt wieder in besten Gang.

Ich glaube, die Frösche lieben Musik und haben Verständnis dafür. Wenn du an den ersten Tagen nach ihrem Erscheinen ruhig am Ufer absitzest und leise eine Weise vor dich hinpfeifst, wirst du nicht lange zu warten brauchen, bis alle Köpfe im Wasser sich dir zu-

*) Abdruck mit Erlaubnis der Verlagsbuchhandlung von Moritz Schauenburg in Lahr (Baden) aus Theinert, Hinaus! Bunte Bilder für Freunde der freien Natur. Preis in vornehmem Leinwandeinband 1,80 Mk. (Porto 20 Pfg.)

gebotenen Genusses.

Doch die Freude am Gesange dauert nur kurze Zeit, sie wird in den Hintergrund gedrängt durch die Heirats- und Laichgeschäfte.

Dem jungen Nachwuchs, den possierlichen Kaulquappen, bietet das Leben mehr Dornen als Rosen; gar manchem Leckermaul gelüstet's nach solch fetten, leicht zu erhaschenden Bissen. Als eifrigster und gefräßigster Verfolger erweist sich der Dytikus, der große Wasserkäfer, der wie der Wolf in Schafherde sich auf das in dichten Massen versammelte Zukunftsgeschlecht der Frösche stürzt und einem nach dem andern der kleinen rundlichen Gesellen das Blut aussaugt.

Im Forste jenseits des Teiches machen die Krähen einen Heidenlärm. Sie bessern die alten Nester aus und bauen neue. Emsig wird gearbeitet, aber eifriger noch geschwatzt.

Üppig wuchert, im Teichboden wurzelnd, eine algenartige Pflanze und überzieht mit ihren Ausläufern die ins Wasser reichenden, grotesk geformten und verschnörkelten Füße der Weiden. Liebhaber dieses Gewächses sind die kleinen schwarzen Taucher, die, aus dem Süden zurückgekehrt, die alten Nistplätze aufgesucht haben. Sie verwenden das Kraut beim Bau der Heimstätten, und auch bei der Verproviantierungsfrage kommt's in Betracht. Die Vögel mögen schon ein paar Tage ihr Wesen auf dem Teiche getrieben haben, ohne die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Sehr scheu sind sie und nur mit großer Vorsicht zu beschleichen. Verbirg dich hinter einem Busch und lasse zwischen dessen Zweigen durch den Blick über die Wasserfläche schweifen. Nichts bewegt sich dort; auf einmal aber erscheint, wie hingezaubert, einer der Taucher. Er hat im Schlammgrunde des Teiches Kerbtieren nachgespürt.

Trotz rauher Winde — Nachzügler der abrückenden Wintertruppen — strecken mit jedem neuen Tage neue Blümlein neugierig ihre weißen, gelben und blauen Köpfchen der Sonne entgegen und empfangen Besuche von Bienen und von Hummelköniginnen, die an geschützten Orten die böse Jahreszeit glücklich durchwintert haben, jetzt aber an die Gründung von Kolonien denken müssen. Da und dort fliegen schon Zitronen- und Aurorafalter, von unseren heimischen Tagschmetterlingen die ersten, die im Frühling die Puppenhülle sprengen.

Die Blattknospen schwellen und platzen auf; Bäume und Sträucher hüllen sich in zartgrüne Gewänder. Dem Kuckucksruf im Buchenhain antwortet aus der Taxushecke am Wege das Flöten der Amsel. Hoch oben in den Lüften trillert eine Lerche. Von den Wipfeln der mit Blütenschnee überschütteten Obstbäume wetteifert das Trommeln der Stare mit dem Schlag der Finken und dem gedämpften Singsang der Hänflinge.

Auf dem Pfade am Waldesrande liegen junge, frisch abgeschnittene Triebe der Tannen und Lärchen. Da hat das Eichhörnchen gefrevelt. Schade, daß das niedliche Geschöpf, dieses muntere Äffchen unserer Wälder, mit solchem Unfug Förster und Gärtner sich zu Feinden macht.

Höher und höher wölbt sich der Bogen der Sonnenbahn; Licht und Wärme werden immer reichlicher von unserem Muttergestirn gespendet; lauter und vielstimmiger erschallen die Jubelhymnen der gefiederten Sänger, und in verdüsterten Menschengemütern wirds heller beim Erwachen, beim Wiederauferstehen der Natur.

Für unsere Frauen.

Einsturz des ganzen Staatsgebäudes . . .

Die „Staatsbürgerzeitung" sattelt ihren Kriegsgaul zum Ritte wider die Forderung des Frauenwahlrechts. Sie ist so freundlich, nichts dagegen einzuwenden, wenn sich die weiblichen Erwerbstätigen „behufs Wahrung ihrer wirtschaftlichen Rechte und Verbesserung ihres Lohnes ebenso wie die Männer zusammenschließen". Und daß solche Frauen in Körperschaften vertreten seien, die über ihr Wohl und Wehe zu Gericht sitzen. Aber von politischen Rechten der Frau will die brave „Staatsbürgerzeitung" durchaus nichts wissen: „Hüten wir uns davor, die Frau durch Verleihung des Landtags- und Reichstagswahlrechts wider ihren natürlichen Willen in die politische Arena zu zerren! Damit wären die Bausteine des Staates, die Familien, den wildesten Stürmen der politischen Leidenschaften rettungslos preisgegeben und das unausbleibliche Ende wäre der Einsturz des Staatsgebäudes." Nachdem die „Staatsbürgerztg." diesen Blödsinn verzapft hat, wird sie gerührt sentimental und meint: „Die Politik ist ein Kampf, wohl der schwerste aller Kämpfe. Nun Mann vom Weibe, den Sohn von der Mutter, den Bruder von der Schwester. In Waffen starren dann beide Geschlechter, wilder Kriegslärm durchgellt die Häuser; wo einst die Liebe hold regierte, tyrannisiert der Haß die Menschen. Mann und Weib sind die Pole der geistigen Welt; dem Manne ist das Schwert gegeben, die Frau ist der Hort des Friedens. Muß der Mann Wunden schlagen, dann soll die Frau sie heilen. Es kann nicht anders sein, wo bliebe sonst der naturnotwendige Ausgleich? Wenn alles sich auf einer Seite sammelt, dann ist der Umsturz da . . . Die Frau und das Wahlrecht sind und bleiben Antipoden."

Da die „Staatsbürgerzeitung" von dem geistigen Tiefstande ihrer Leser und Leserinnen genau unterrichtet sein dürfte, weiß sie auch, was sie ihnen zumuten darf!

Die Reichspost als Arbeitgeberin.

Die neuesten Bestimmungen über die Beschäftigung weiblicher Personen bei den Postämtern dritter Klasse, die das Reichspostamt soeben erlassen hat, lauten:

In den nachgeordneten Stellen der Postämter dritter Klasse sollen ausschließlich weibliche Personen für den Innendienst beschäftigt werden.

Die Personen müssen gesund und rüstig und unbescholten sein und eine angemessene Schulbildung haben.

Bei der Einstellung müssen die Bewerberinnen mindestens 16 Jahre alt sein. Eine obere Altersgrenze wird nicht festgesetzt.

Vom dritten Beschäftigungsmonat ab erhalten die Gehilfinnen Vergütungen, deren Höhe sich nach dem Umfang der Leistungen und den örtlichen Preisverhältnissen richtet und 500—700 Mk. jährlich beträgt und durch jährliche Zulagen von 50 Mk. bis auf 1000 Mk. steigt.

Nach mehrjähriger Beschäftigung können die Bewerberinnen — vorausgesetzt, daß sie den Anforderungen voll entsprechen — in das Verhältnis als Post- oder Telegraphengehilfinnen bei einer Oberpostdirektion oder bei einem größeren Postamt etatsmäßig angestellt werden.

Die Reichspostverwaltung verlangt also nur gesunde, rüstige und unbescholtene Personen, die auch eine angemessene Schulbildung haben müssen und gewährt ihnen — nachdem sie 2 Monate lang umsonst Dienste getan — das königliche Gehalt von rund 42—58 Mk. monatlich. Wie man mit diesem Einkommen seine Gesundheit erhalten, sich standesgemäß kleiden und seine Bildung fördern kann, darüber sagen die Bestimmungen nichts.

Fängt man mit 42 Mk. monatliches Gehalt an, so bringt man es nach 10 Jahren auf das Doppelte, also auf 84 Mk. Und nach 20jähriger Dienstzeit kann man es auf die schwindelnde Höhe von 126 Mk. Monatsgehalt bringen. Damit ist Schluß!

Auch den Postgehilfinnen müssen solche Einrichtungen die Augen öffnen.

Uns soll's recht sein.

Der Fortschritt des Frauenstimmrechts.

In fünf Staaten der nordamerikanischen Union besteht nun das völlig gleiche Frauenwahlrecht. Über 400 000 Frauen sind damit den männlichen Bürgern gleichgestellt. Es sind die Staaten Washington (175 000 wahlberechtigte Frauen), Kolorado (120 000), Utah (60 000), Idaho (30 000), Wyoming (25 000). In Kansas und Arkansas steht die Einführung bevor. In Kalifornia wurde der gleiche Antrag mit großer Mehrheit (im Unterhaus 65 gegen 12) angenommen. Und in Oregon, wo im November ein auf den Besitz gegründetes Frauenwahlrecht in Volksabstimmung abgelehnt wurde, haben jetzt die gesetzgebenden Körper ein Gesetz zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen beschlossen, das bei der Volksabstimmung hoffentlich besseren Erfolg haben wird. — In Albany (Hauptstadt des Staates Neuyork) hat ein Frauentag der bürgerlichen Frauen stattgefunden, der eine ganze Woche getagt und gleichzeitig eine erfolgreiche Versammlungspropanda entfaltet hat. Die „Neuyorker Volkszeitung" bedauert, daß die sozialistischen Frauen weder an dieser Tagung teilgenommen, noch in einer besonderen Versammlung ihren Standpunkt zur Geltung gebracht haben.

Kleines Feuilleton.

Aus dem Sündenregister der Post. Die Pünktlichkeit der Postbestellung in Italien ist nicht gerade vorbildlich, und seit einiger Zeit hat die Presse das Amt übernommen, die Mißstände öffentlich zu bekämpfen. Einen amüsanten und, wie versichert wird, authentischen Beitrag zu den Miss-

Ein in Rom lebender Professor erhält kürzlich ein stattliches Postpaket von einem Onkel, der Fasanenzüchter ist. Im Pakete findet man einen prächtigen toten Fasan. Der Empfänger, der über diese Aufmerksamkeit des Onkels sehr erfreut ist, übergibt den schönen Leckerbissen seiner Gattin zur Bereitung und ladet sich für den kommenden Tag einige Freunde zu Gaste. Man saß bereits bei der Tafel, prächtig dekoriert wurde der Fasan auf großer Platte aufgetragen, und alle Blicke richteten sich in der Vorfreude kommender kulinarischer Genüsse auf den Festbraten, als es plötzlich heftig klingelte. Es ist der Postbote, der einen Brief des guten Onkels abgibt. Der Empfänger, der darin einen Wunsch für guten Appetit erwartet, beginnt sofort, der Gesellschaft das Schreiben vorzulesen. Der Brief aber lautete: „Ich schicke Dir mit der Post einen schönen Fasan, den ich besonders gern hatte; laß ihn doch bitte ausstopfen und balsamieren und schicke ihn mir bald zurück. Er starb an Vergiftung, eine Tarantel hat ihn gestochen". Der Hausherr sank blaß in seinen Stuhl zurück. Einer der Gäste, der die Geduldsprobe nicht bestanden und schon einen Bissen in den Mund geführt hatte, stürzte hastig in ein Nebenzimmer. Das schöne Bankett war zu Ende, ehe es begonnen hatte. Der Brief war zusammen mit dem Postpaket aufgegeben worden; der gute Onkel wird seinen geliebten Fasan nie wiedersehen, es sei denn als nichtgenossenen Festbraten.

Eisenbahnsignale und drahtlose Telegraphie.

Ein äußerst wichtiges, aber noch lange nicht gelöstes Problem der Eisenbahntechnik bildet die Verbindung der gewöhnlichen Hebel- und Lichtsignale mit Einrichtungen, die es einem Zuge unmöglich machen sollen, eine nicht freigegebene Strecke zu befahren. Im elektrischen Bahnbetrieb ist die Lösung sehr einfach, der Signalarm ist mit einem Schalter verbunden, der erst in der „Freie Fahrt"-Stellung die betreffende Strecke einschaltet. Im Dampfbahnbetriebe ist es noch nicht gelungen, eine brauchbare Einrichtung zu schaffen. Man hat neben oder zwischen den Gleisen Apparate mit vorstehenden Armen angebracht, die einen Hebel an der Lokomotive bewegen sollten, falls das Signal auf „Halt" stand, in „Freie Fahrt"-Stellung wurde der Arm zurückgezogen. Infolge der ungeheueren Wucht der fahrenden Lokomotive wurde aber die Einrichtung meistens einfach zertrümmert. Jetzt hat man auf der kanadischen Pacificbahn eine Vorrichtung zur Verhinderung des Überfahren von Haltsignalen erprobt, wobei die Verbindung zwischen der Lokomotive und dem Signal mittels der Hertzschen Wellen der drahtlosen Telegraphie hergestellt wurde. Zwischen den Schienen ist ein Draht ausgespannt, der von einem Wechselstrom durchflossen wird, die von diesem erzeugten Hertzschen Wellen werden von einem an der Lokomotive angebrachten Empfangs-Apparat aufgenommen. Dieser Empfangsapparat besteht aus einem unterhalb der Lokomotive hängenden Luftdraht, der sich in zirka 15 Zentimeter Entfernung von dem stromführenden Draht bewegt. Die Versuchsstrecke ist in 6 Blockstrecken von je 800 Meter eingeteilt, die Einrichtung ist so getroffen, daß durch die Signalbewegungen der Wechselstrom in dem Gleisdraht der betreffenden Strecke ein- und ausgeschaltet wird. Bei der Kegelstellung der Streckensignale bleibt auch auf der Lokomotive das Signal in der Stellung „Freie Fahrt", durch Stromunterbrechung wird auf der Lokomotive das Signal „Halt" oder „Vorsicht" gegeben. Zunächst ertönt die Pfeife, dann werden selbsttätig die Bremsen ausgelöst. Bei einem Güterzuge mit zwölf Wagen, dessen Lokomotive für den Versuch ausgerüstet war, hat sich die Einrichtung bisher gut bewährt. Bedenkt man, wieviel Unglück und welch ungeheurer Materialschaden alljährlich durch Überfahren von Haltsignalen bewirkt wird, so begreift man die Wichtigkeit einer solchen Einrichtung. Es ist anzunehmen, daß auch die deutschen Eisenbahnverwaltungen demnächst mit oben beschriebener Anordnung Versuche anstellen werden.

Ein regenloses Land.

Es gibt ein Land, in dem es in nutzbringender Weise nur alle zwölf Jahre einmal regnet: das ist Betschuanaland in Südafrika. Der italienische Missionar P. Porte, der sich in dem merkwürdigen Lande befindet, schreibt in einem Briefe folgendes: „Es ist höchst seltsam! Überall regnet es, nur hier nicht. In Transvaal und im Basutoland sind jetzt Mais und Korn schon fast drei Fuß hoch, und man beginnt bereits zu jäten; hier aber kann man noch nicht einmal säen. Vor 60 Jahren fand Livingstone das Land trocken, und unsere Nachfolger werden in fünfzig Jahren sicher gleichfalls über diese Dürre zu staunen haben. Nach Livingstones Erfahrungen wird Betschuanaland nur alle